

Der Heimatdienst

Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Das Wettrennen zur See. — Das Marineluftwettrennen. — Die Rüstungsindustrien unserer Nachbarn. Von Hans Jürgensen. — Der Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen. Von Oberregierungsrat Dr. Berger. — Der Kampf zwischen Nord- und Südchina usw.

In Kommission: Zentralverlag G. m. B. H., Berlin W 35
Halbjährlich 2,50 Mark / Jährlich 5,- Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jeden Postamt zu beziehen

DIE MARITIME RÜSTUNG

VER.STAATEN ENGLAND JAPAN FRANKREICH ITALIEN DEUTSCHLAND



GROSSKAMPFSCHIFFE



GESCHÜTZTE KREUZER



TROPEDOBOOTE U. TROPEDOJÄGER



U-BOOTE



MARINEPERSONAL 1925/26



MARINEBUDGET 1925/26 IN MILLIONEN MARK

Das Wettrennen zur See.

Eine vergleichende Zusammenstellung über die Kriegsmarine von England, den Vereinigten Staaten, Japan, Frankreich, Italien und Deutschland und ein Vergleich der für diesen Teil der Rüstungen ausgegebenen Mittel bzw. der Bauprogramme für die nächsten Jahre ist außerordentlich interessant und beleuchtet in vielfacher Hinsicht weltpolitische Zusammenhänge und Spannungen. Es ergibt sich daraus zunächst die Tatsache, daß die Zahl der Mächte, die eine Flottenpolitik von weltpolitischer Bedeutung zu treiben vermögen, heute erheblich geringer ist als vor dem Krieg. Deutschland, Rußland und Österreich-Ungarn — das letztere hatte je ebenfalls begonnen, eine Flotte von Großkampfschiffen zu bauen — fallen heute als Teilnehmer des internationalen Flottenwettrennens aus. Außerdem hat sich das internationale Kräfteverhältnis gegenüber der Vorkriegszeit insofern wesentlich verändert, als England den Anspruch, seine Flotte müsse mindestens doppelt so stark sein wie die nächststärkere Flotte, aufgeben mußte. Bekanntlich waren die englischen Versuche vor dem Krieg, mit Deutschland eine Verständigung über die Flottenrüstungen herbeizuführen, auf der englischen These des Verhältnisses 1:2 aufgebaut. Die Vereinigten Staaten haben jedoch während und nach dem Weltkriege die Zahl ihrer Großkampfschiffe und anderen Schiffe so stark vermehrt, daß sie daran waren, die englische Flotte zu überflügeln. Bei der finanziellen Überlegenheit der Vereinigten Staaten konnte England das Wettrennen mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg nicht fortsetzen und war deshalb gezwungen, mit Amerika eine Verständigung auf der Grundlage der Gleichheit zu suchen. Die englische Flotte hat dadurch ihre Jahrbudgets alte Stellung als die fünfte der Welt aufgegeben bzw. mit der der Vereinigten Staaten teilen müssen. Die absolute englische Seeherrschaft, die traditionell den Engländern als notwendige und indisputable Grundlage ihrer eigenen Existenz und der ihres Weltreiches galt, besteht heute nicht mehr. Das ist marinepolitisch vielleicht das wichtigste Ergebnis des Weltkrieges. Andererseits hat sich Englands Stellung dadurch wesentlich verschärft, daß auch ein zusammenfassender europäischer Flotten gegen England für dieses ungünstig sein würde. Die Flotte von Englands traditionellem weltpolitischem Gegner Rußland existiert so gut wie nicht mehr. Die deutsche Flotte, in der England vor dem Krieg die große Bedrohung sah, ist auf ein Maß reduziert, das jeden Gedanken, sich mit der englischen zu messen, ausschließt. Abgesehen in Europa nur die französische und die italienische Flotte, die beide zusammen gegenüber der englischen an Geschützstärke höchstens sich wie 3:5 verhalten. In außereuropäischen Staaten besitzt außer den Vereinigten Staaten nur Nordamerika nur Japan eine Flotte, die nicht die drittegrößen der Welt ist. Das Verhältnis zur nächsten ist wie bezüglich der Großkampfschiffe 3:5. Eine Bedrohung für England im fernen Osten wird je wohl nie darstellen, da ihr einmal die englische Welt überlegen bleibt, zum andern eine englisch-japanische Auseinandersetzung mit den Waffen schon wegen der Wahrscheinlichkeit, daß England Amerika auf seiner Seite fände, außer Berechnung bleiben kann.

Während es bisher noch nicht gelungen ist, über die Rüstungen zu Lande zu einer Verständigung über eine zweifelhafte Rüstungsbeschränkung zu gelangen, besteht eine solche, wenn auch nur teilweise, bezüglich der Seerüstungen. Im Februar 1922 haben die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Japan, Frankreich und Italien in Washington ein Abkommen geschlossen, in dem für einen Teil der Flottenrüstung eine bestimmte Begrenzung und das gesammelte Stärkerhältnis festgelegt wurde, und zwar wurde das Stärkerhältnis an Großkampfschiffen zwischen den genannten Staaten auf 5:5:3:1:75 festgelegt. In Zahlen ausgedrückt, sollten England und die Ver. Staaten Großkampfschiffe mit einer Gesamttonnage von 525 000 t, Japan von 315 000 t, Frankreich und Italien von je 175 000 t besitzen dürfen. Die Größe dieser Großkampfschiffe wurde mit 35 000 t begrenzt, das größte erlaubte Geschützkaliber mit 40,6 cm, die Altersgrenze der Schiffe mit zwanzig Jahren. Außerdem sollte binnen 10 Jahren kein Neubau eines Großkampfschiffes auf Stapel gelegt werden, für Flugzeug-Mutter-schiffe wurde ebenfalls eine Einigung erzielt. Die Schiffe lauten für England und die Ver. Staaten 135 000 t, für Japan 81 000 t und für Frankreich und Italien je 60 000 t, bei einer Beschränkung des Schiffdisplacementes auf 27 000 t und des Geschützkalibers auf 20,5 cm. Für alle übrigen Schiffsklassen wurde eine Begrenzung der den einzelnen Mächten zuzubilligenden Gesamttonnage nicht erreicht. Bezüglich der geschützten Kreuzer wurde jedoch das Schiffdisplacement auf die Höchstzahl von 10 000 t und das Geschützkaliber auf 20,5 cm festgelegt. Aber Torpedoboote, Torpedobootsversorger und Unterseeboote wurden keinerlei Abmachungen hinsichtlich Zahl und Größe getroffen. Das Ergebnis der Washingtoner Konferenz ist also verhältnismäßig beschränkt, da es nur dem Wettrennen der Großkampfschiffe ein Ende macht und durch Festsetzung eines Displacementes von nur 10 000 t für die geschützten Kreuzer ver-bindert, die Größe für diese Schiffe so zu steigern, daß sie an die

Großkampfschiffe herankommen. Das Wettrennen zur See ist durch die Washingtoner Konferenz keineswegs ausgeschaltet worden. Die beteiligten Mächte haben sich mit um so größerem Eifer der Vermehrung derjenigen Schiffstypen gewandt, für die im Washingtoner Vertrag keine Begrenzung festgelegt worden ist, also den Kreuzern, der Torpedoboote und den Unterseebooten.

In dieser Hinsicht ist eine Zusammenstellung dessen lehrreich, was die einzelnen Staaten gegenwärtig an Schiffneubauten auf Stapel gelegt, bzw. wofür sie die Mittel bewilligt haben. So haben an geschützten Kreuzern mit dem auf der Washingtoner Konferenz festgesetzten Höchstdisplacement von 10 000 t und größtem Geschützkaliber von 20,5 cm auf Stapel bzw. bewilligt:

	auf Stapel	bewilligt
England	7	4
Japan	4	4
	außerdem:	
	4 von je 7 200 t	
Vereinigte Staaten	2	
Frankreich	2	4
Italien	2	

Außerdem haben die genannten Staaten sehr erhebliche Zahlen an Torpedobooten und Unterseebooten auf Stapel gelegt. Frankreich 3, 2 Torpedobootenflüßlerboote von je 2650 t, 10 Torpedobootboote je 1500 t und 12 Unterseeboote von 1140—2500 t, Italien 3 Torpedobootversorger von je 500 t und 12 Unterseeboote, England 3 Unterseeboote von je über 1700 t, die Vereinigten Staaten 5 Unterseeboote. Es zeigt sich dabei die Tendenz, die durch die Washingtoner Konferenz bewilligte der Großkampfschiffe und der geschützten Kreuzer unterbunden worden ist, nämlich die neuen Schiffe eines Typus immer mit größerer Tonnage und stärkerer Armierung zu bauen als die schon vorhandenen, weil man auf diese Weise eine zahlenmäßige Überlegenheit des Gegners auszugleichen hoffte kann, denn es ergibt sich aus dem Wesen des Seerrieges, daß eine größere Anzahl kleinerer Schiffe mit schwächerer Armierung einer geringeren Anzahl solcher mit größerer Tonnage und stärkerer Armierung unterlegen sind. Deshalb darf man, wenn man die Stärke der bestehenden Kriegsmarinen vergleichen will, nicht nur die Zahl der Schiffe einander gegenüberstellen, sondern man muß auch die Größe der Schiffe der gleichen Klasse und ihre Armierung und Panzerstärke berücksichtigen.

Da ergibt sich denn 3. B. für die Großkampfschiffe, für die auf der Washingtoner Konferenz ein festes Verhältnis des Gesamt-displacementes, das den einzelnen Staaten zugewilligt ist, erreicht wurde, daß der Großkampfschiffe, über die die Kriegsstotten der einzelnen Länder verfügen, sehr ungleichwertig sind. Italien und Frankreich besitzen nur Schiffe bis zu 25 300 t mit einer Bewaffnung von 30,5 bis 34 cm (Kaliber), von denen keines nach 1915 gebaut worden ist. Japan dagegen verfügt über Großkampfschiffe von 30 000 bis 34 500 t mit Geschützen von Kaliber 35,6—40,6 cm und gebaut zwischen 1915 und 1920. England besitzt Großkampfschiffe von 25 500 bis 40 000 t mit einem Kaliber von 30,5—40,6 cm, die zwischen 1911 und 1927 gebaut worden sind. Die Großkampfschiffe der Vereinigten Staaten weisen Größen zwischen 25 400 und 34 100 t auf mit Geschützen zwischen 50 und 40,6 cm, die gebaut sind zwischen 1910 und 1925. Die deutschen Großkampfschiffe haben nur eine Größe von 13 200 t und Geschütze bis zu 28 cm Kaliber und sind alle vor 1906 gebaut, haben die durch die Washingtoner Konferenz vorgeschriebene Altersgrenze also alle überschritten. Es ergibt sich also, daß die französischen und italienischen Großkampfschiffe an Gewichtswert den modernsten Schiffen des gleichen Typus der anderen drei großen Seemächte bei weitem nicht gewachsen sind. Allerdings haben Italien und Frankreich ihre Flotten weniger mit Hinblick auf die englische als mit Hinblick aufeinander entwickelt, da als möglicher Gegner im Seekampf für Frankreich nur Italien und umgekehrt in Frage käme. Die obengenannten Zahlen über auf Stapel gelegte oder bewilligte Kreuzer, Torpedo- und Unterseeboote zeigen ja auch, daß Frankreich und Italien in diesen Schiffstypen in einem frühen gegenseitigen Wettrennen begriffen sind. Die geringste Anzahl an Neubauten haben die Ver. Staaten zu verzeichnen, die es sich finanziell am besten leisten konnten.

Die Ver. Staaten, deren Anregung schon die Washingtoner Konferenz zu verdanken war, wünschen aus Gründen der inneren Politik die Herabsetzung der Rüstungsausgaben und deshalb Rüstungsbeschränkung. Sie haben deshalb die Teilnehmer an der Washingtoner Konferenz von 1922 zu einer neuen Seerüstungskonferenz eingeladen. Japan und England haben die Einladung angenommen, und die Konferenz ist am 20. Juni in Genf mit einem großen Apparat von Sachverständigen zusammengetreten. Frankreich und Italien haben die Beteiligung bei der Konferenz abgelehnt und lediglich einen Beobachter dazu entsandt. Als Grund

gaben sie an, daß eine Seebefrühungs-Konferenz der an der Washingtoner Konferenz beteiligten Mächte die Abrüstung eines Völkerbundes beinträchtigen würde und daß man die Abrüstung zur See und die zu Lande überhaupt nicht getrennt behandeln könne. Es wird sich nun zu zeigen haben, ob die Ver. Staaten, England und Japan in Genuß zu einem Abkommen gelangen und ob sie dann später Frankreich und Italien zum Beitritt zu veranlassen vermögen. Das letztere, was man wird erwarten können, ist, daß hinsichtlich derjenigen Schiffstypen, über die bisher nichts festgelegt wurde, ein bestimmtes Verhältnis in der Gesamttonnage zwischen den einzelnen Staaten festgelegt wird, und daß hinsichtlich der Größe der einzelnen Schiffstypen und ihrer Armierung Höchstgrenzen vereinbart werden. Von Abrüstung kann natürlich bei all dem nicht gesprochen werden, höchstens von Rüstungsbeschränkung. Keine der in Washington vertretenen Mächte hat hinsichtlich des Seefandes ihrer Kriegsmarine etwas Wesentliches aufgebracht. Daraus man verzieht hat, das ist ihr eine Fortsetzung des Wettlaufens ins Unbekannte. Maßgebend war dabei in erster Linie der finanzielle Gesichtspunkt: Man wollte die Rüstungsausgaben beschränken bzw. vermindern. Es kann also höchstens von Friedensliebe aus Zwinggründlichkeiten die Rede sein.

Dem gegenüber muß auf den Grad der Abrüstung der deutschen flotte hingewiesen werden. Hier handelt es sich nicht um Rüstungsbeschränkung, sondern um tatsächliche Abrüstung. Der Versaillesvertrag hat in Art. 181 ff. die deutsche flotte auf 6 Panzerschiffe, 6 leichte Kreuzer, 12 Torpedobootszerörer und 12 Torpedoboots-jegele und uns Unterboote überhaupt verboten. Außerdem sind die Größen für eventuelle Ersatzbauten bei Panzerschiffen auf 10 000 t, bei leichten Kreuzern auf 6000 t, bei Torpedobootszerörern auf 800 t und bei Torpedobooten auf 200 t festgelegt. Was das bedeutet, geht am besten daraus hervor, daß die Washingtoner Konferenz für Panzerschiffe = Großkampfschiffe die Displacementsgrenze auf 35 000 t und für Kreuzer auf 10 000 t festgelegt hat, daß ein modernes Torpedoboot 1500 t und mehr groß ist und die neuesten Unterboote bis zu 2500 t groß sind. Die deutsche flotte ist also nicht nur an Zahl gegenüber den flotten der anderen Großmächte in einer Weis reduziert, die absolute Unterlegenheit bedeutet, sondern auch an Schiffgröße denartig eingeengt, daß sie überhaupt nicht mithalten kann. Solange diese Ungleichheit besteht, kann Deutschland nicht anerkennen, daß mit dem Abrüstungsgedanken hinsichtlich der Rüstungen zur See Ernst gemacht ist.

Das Marineluftwetterrüsten.

Nachdem das Flugwesen während und nach dem Kriege einen ungeheuren Aufschwung genommen hat, ist zu dem Wettläufer zu Lande und zur See das in der Luft gefommen, das sich in Marine- und militärische Luftführung teilt. Auf beiden Gebieten sind Deutschland durch den Versaillesvertrag bekanntlich die Hände gebunden: Deutschland darf weder Land- noch Seeflugzeuge militärischen Charakters und für militärische Zwecke besitzen und entweder dadurch des heute vielleicht wesentlichsten Mittels der Landesverteidigung. Jegenwelse Sicherung gegen Luftangriffe besitzt Deutschland nicht. Es hat weder militärische oder Marineflugzeuge, noch Flugzeugmutterchiffe, noch Flugabwehrgeschütze. Die Wehrlosigkeit Deutschlands ist auf dieser Richtung also vollständig. Man muß das besonders gegenüber der französischen These von der Sicherheit betonen, Frankreich hat bekanntlich die These aufgestellt, daß die Rüstungen einer Nation sich im Einklang mit ihrem Sicherheitsbedürfnis befinden müssen, und vertritt konsequent bei allen Verhandlungen über Rüstungsbeschränkung und Abrüstung den Standpunkt: Erst Sicherheit, dann Abrüstung. Es ist deshalb von großer Wichtigkeit, sich darüber klar zu werden, wie sich Deutschlands Lage im Sinne dieser französischen These darstellt.

Mit Hinblick auf die gegenwärtig in Genf tagende Konferenz der Vereinigten Staaten, Englands und Japans über Abrüstung, besser gesagt Rüstungsbeschränkung zur See, soll das für die Marineluftführung der wichtigsten Staaten hier verurteilt werden. Auf der Washingtoner Seebefrühungs-Konferenz vom Februar 1922 wurde entsprechend dem für die Großkampfschiffe der beteiligten Staaten England, Vereinigte Staaten, Japan, Frankreich, Italien vereinbarten Verhältnis von 5 : 5 : 3 : 1,75 : 1,75 festgelegt, daß England und die Vereinigten Staaten Flugzeugmutterchiffe von einer Gesamttonnage von je 135 000 t, Japan von 81 000 t, Frankreich und Italien von je 60 000 t besitzen dürfen, bei einem größten Schiffstypen von 20,5 cm. Aus diesen Zahlen ergibt sich ohne weiteres, welche Bedeutung innerhalb der Seerüstung dem Flugwesen zukommt. England besitzt denn auch zwei Flugzeugmutterchiffe je 19 000 t, eines von 19 400 t, eines von 11 125 t, eines von 23 150 t, eines von 14 680 t und eines von 3550 t sowie ein Schiff desselben Charakters auf Stapel von 6000 t. Die Vereinigten Staaten besitzen zwei Schiffe dieses Charakters von je 55 000 t, eines von 12 900 t und eines von 11 200 t sowie eine ganze Anzahl Minenleger und Zerstörer, die als Flugzeugmutterchiffe dienen. Japan besitzt zwei Flugzeugmutterchiffe von 27 300 t und ein anderes von 880 t. In der italienischen flottenliste fehlen Flugzeugmutterchiffe. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß Einrichtungen mindestens für den Aufbau von Flugzeugen sich auf zahlreichen Schiffen der Kriegsmarine der genannten Länder befinden, so daß also mit der Aufstellung der Spezialschiffe, die als Flugzeugträger dienen, die Einrichtungen der Kriegsmarine für den Luftkampf zur See nicht erschöpft sind. Selbstverständlich ge-

hören dazu auch noch die ausgedehnten Einrichtungen für Marineflugzeuge an Land.

Was sodann die Marineluftführung speziell hinsichtlich der Marineluftführung angeht, so gilt dafür etwas, was von der Luftführung der einzelnen Staaten überhaupt zu sagen ist. Man ist weit davon entfernt, ein einigermaßen zuverlässiges statistisches Material über die Luftführung der einzelnen Länder zu besitzen, vor allem deswegen, weil verschiedene Staaten sich offenbar bemühen, ihre Luftführung zu verschleiern. Der Völkerbund gibt bekanntlich jährlich ein diebliches Buch über den Rüstungsstand auf der ganzen Welt, das Annuaire militaire heraus, in dem sich eigentlich auch die Luftführungen aller Staaten genau verzeichnet finden müßten. Da aber jeder Staat eine eigene Methode der Veröffentlichung hat, und die einen die Zahlen der vorhandenen Flugzeuge, die anderen nur die Anzahl der Geschwader ohne Angabe über die Stärke der einzelnen Geschwader geben und die Geschwaderstärke in den einzelnen Ländern verschieden ist, ferner Angaben über das Reserve-material ebenfalls ganz unvollständig vorliegen, auch die Bauprogramme nur für die Gesamtperiode, nicht für die einzelnen Jahresstapen, bekannt sind, ist es nicht möglich, ein genaues Bild der Luftführung, also auch nicht speziell der Marineluftführung der einzelnen Staaten zu geben. Zur allgemeinen läßt sich das Stärkeverhältnis dieser Art von Rüstungen darstellen. Daraus ergibt sich allerdings die Tatsache, daß in puncto Land- und Seeluftführung ein eifriges Wettläufen in großem Stil im Gange ist.

Die Zahlen für die einzelnen Mächte sind die folgenden: Die Vereinigten Staaten besitzen gegenwärtig im ganzen 22 Geschwader von Marineluftfahrzeugen, und zwar zwölf Beobachtungsgeschwader, sechs Jagdgeschwader, zwei Bombengeschwader und zwei Geschwader für Transportzwecke mit zusammen rund 500 Flugzeugen. Auf Grund einer Congress Bill von 1926 soll die Marineluftflotte im Jahre 1932 auf 1000 Flugzeuge erhöht sein, also eine Verdoppelung binnen weniger Jahre erfahren.

Die englische Marineluftführung, die in Staffeln zu je sechs Flugzeugen gegliedert ist, sieht bis 1930 69 Geschwader, gleich 128 Staffeln, mit 768 Flugzeugen vor, die auf das Mutterland und die verschiedenen Auslandsstationen verteilt sind.

Die französische Marineluftführung umfaßt 1926 50 Geschwader mit 600 Flugzeugen. Im letzten gibt Frankreich nur Zahlen über seine gesamten Luftführungen bekannt, so daß die Marineluftführungen im einzelnen nicht zu kontrollieren sind.

Bezüglich Italiens ist bekannt, daß seine Marineluftflotte 1926 aus zwölf Aufklärungsstaffeln, acht Jagdstaffeln, vier Jagdbombenstaffeln, zwei Nachtbombenstaffeln und 100 Reserveflugzeugen, im ganzen 360 Marineluftfahrzeugen bestand, und daß das Bauprogramm bis 1930 etwa eine Verdoppelung vorleift.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß unser östlicher Nachbar Polen, dessen Kriegsmarine bisher nur in den bescheidensten An-



fängen sieht, doch schon eine ansehnliche Marineluftflotte von sechs Staffeln zu je fünf Flugzeugen, also von 30 Flugzeugen, besitzt.

Die Luftwaffe wird von vielen als das entscheidende Element in einem etwaigen zukünftigen Krieg angesehen. Während Umfang die Rüstungen auf diesem Gebiet für den Seetrag angenommen haben, geht aus den mitgeteilten Zahlen deutlich hervor. Diese Art von Rüstung, die vor dem Weltkriege beinahe nicht bestand, hat sich während und erst recht nach dem Kriege in einer Weise entwickelt, die über das stämmige Tempo der Seerüstungen in den letzten zwei Decennien vor dem Ausbruch des Weltkrieges weit hinausgeht. Die Marinelufttruppe der Kriegs- und Nachkriegszeit ist eine Fortsetzung und Übersteigerung der Marineerüstung der Vorkriegsjahre, die einerseits die Bedeutung der neuen Waffe, ander-

seits den Wettlauf der Rüstungen der beteiligten Mächte aus Klarheit in Erscheinung treten läßt. Deutschland ist aus diesem Wettlauf ausgefallen. Das Bedürfnis seiner Sicherheit gibt ihm jedoch allen Anlaß, das Wettlaufen der andern Mächte aufmerksam zu verfolgen und die Abrüstungsverhandlungen in Genuß, sowohl die allgemeinen des Völkerverbundes wie die speziellen der drei Mächte Amerika, England und Japan über die Rüstungsbeschränkung zur See mit kritischem Auge zu überwachen.

Denn für die Abrüstung in der Luft gilt in vollem Ausmaß, was für die Abrüstung aus solche gilt, daß Deutschlands Entwaffnung nur als Vorleistung auf allgemeine Abrüstung ihre juristische und moralische Gültigkeit besitzt.

Die Rüstungsindustrien unserer Nachbarn.

Von Hans Jürgensen.



Die Zeiten sind vorbei, in denen kriegerische Staaten ihre Heere gegeneinander sandten und die Seebe aufstürmen ließen, ohne daß das Leben der Völker im Inneren davon berührt wurde. Damit sind auch die Zeiten dahin, in denen die Verzögerung der kämpfenden Truppen das Wirtschaftsleben der Nation unverständlich ließ. Man wird wohl nicht mit Unrecht die Ursache vieler Kriege vergangener Jahrhunderte im engem wirtschaftlichen Zusammenhänge suchen müssen.

Der Weltkrieg aber hat, wie auf rein militärischem Gebiet so auch auf dem des Wirtschaftskampfes neue Formen geschaffen. Hier fand in bisher nie geahntem Ausmaß Volk, Wirtschaft gegen Wirtschaft, Handel und Industrie im Kampf. Kein Gebiet des Volkslebens, nicht der kleinste Ausschnitt aus dem Alltag des einzelnen blieb unberührt. Der Begriff der Kriegswirtschaft entstand und gewann Form in festen Programmen. Voraussetzungen der Welt hatte hier und da gemacht, hatte gewendet vor dem Ausbruch der modernen Krieg, das Ringen der Völker. Kann man kurze Zeit dauern. Dem Stimmwandel nicht die Beachtung zuteil, die uns heute selbstverständlich erscheint. Nicht nur in Deutschland, auch in den gemäßigten Staaten fand man vor dem Weltkrieg. So lassen wir heute den Begriff der Rüstungsindustrien im allgemeinen weiter als vor dem Kriege, im Besitz der Erfahrung, daß zur Kriegsführung jeder Industriezweig von mehr oder minder großer Bedeutung ist, daß es im Kampf ums Dasein der Völker nichts gibt, was nicht kriegswichtig ist.

Wie wir aber auf per se selbstem Gebiet unterscheiden zwischen Friedensrüstung und Kriegsaufgebot, obne ihre Abhängigkeit voneinander zu verkennen, so auch auf industriellem. Bei beiden gibt es Stämme und Nationen, bei beiden die notwendigen Stufen der Vorbereitung und Sammlung. Ein gut organisierter, weit verzweigter, zahlenmäßig starker Friedensbestand ist auch hier Voraussetzung für eine zweckmäßige und vollkommene Umstellung auf den Krieg. Die leitenden Köpfe, Ingenieure, Techniker und Arbeiter, Maschinen und Modelle lassen sich nicht aus dem Boden stampfen. Versuche erfordern Zeit, Organisation Erprobung. Die Vereinigten Staaten von Amerika z. B. verfügten vor dem Kriege nur über eine ganz geringe Friedensindustrie und brauchten nach offiziellen Angaben zur Herstellung von Munition für Gewehre 9 Monate, von Maschinengewehren 12, von schweren Geschützen 18 Monate. Am Waffenstillstandstage 19 Monate nach der Kriegserklärung Amerikas — waren nur 4 in eigenen Fabriken hergestellte Geschütze an die Front gekommen.

So sel im folgenden ein Bild gegeben von den jetzigen Friedensrüstungsindustrien unserer Nachbarn, d. h. von der Grundlage ihrer künftigen Kriegsrüstungsindustrie. Alles, was zum unmittelbaren Bedarf der stehenden Truppen gehört, rechnet hier ein, Waffen und Gerät, Munition und chemische Kampfstoffe. Letzteren wird in einem Zukunftsjahre eine besondere, ausschlaggebende Rolle zukommen. Ob sie allein entscheidend sind, wie manche Propheten es finden, ist nicht zu übersehen. Die Bemerkung des bisher üblichen Kampfmateriäls durch alle freien Staaten zeigt, daß es seine Rolle nicht nur ausfüllt hat. Daß aber das „Material“ in seiner Bedeutung für Schlacht- und Kriegserklärung außerordentlich gewonnen hat, steht außer Zweifel.

Frankreichs Rüstungsindustrie ist nach Zahl und Leistung ihrer Werke die härteste in Europa. Nimmt man dazu den Bestand der mit ihm durch Militärabkommen verbundenen Dollan-

staaten, Belgien, Polen, Tschechoslowakei, so kann man diesen Rüstungsindustriekomplex als den stärksten der Welt bezeichnen. Frankreich verfügt nicht nur diese Staaten, deren Industrie z. T. erst in der Entwicklung begriffen ist, mit Kriegsmaterial, sondern liefert auch an die östlichen Randstaaten, aus dem Balkan und an die Türkei. Seine im Kriege großzügig aufgebrauchte Rüstungsindustrie ist nach dem Kriege ausgebaut worden. Staatliche Subventionierung gestattet fast alle Werke, soweit sie nicht selbst Staatsbesitz sind. Sehr wichtig ist im Hinblick auf den Krieg die planmäßige, allerdings noch nicht völlig abgeschlossene Organisation der örtlichen Verteilung. Die Grenzgebiete im Osten und Nordosten werden peinlich gemieden. Eine räumliche Verbindung der arbeitenden mit der Essen schaffenden und chemischen Industrie als der Grundlage der Rüstungsindustrie wird erstrebt. Als wichtige Zentren seien genannt: Paris und Umgebung, der Raum Givors — St. Chamond — St. Etienne — Rouffignols, Marseille, Toulouse, Bordeaux, Nantes, Rouen, St. Denis, Le Creusot und die Loire. In der Herstellung von Waffen und Munition ist die Firma „Schneider-Creusot“, — der „französische Krupp“ — führend. Neben dem Hauptwerk in Le Creusot stellen fünf weitere Werke den Heeresbedarf her. Außerdem fertigen sechs staatliche Artilleriewerkstätten und sechs Privatunternehmungen, dazu die Firma „Compagnie des Forges et Acieries de la Marine et d'Homecourt“ in St. Chamond Geschütze, zusammen also 20 Werke. Für Gewehre und Maschinengewehre hat Frankreich 26 Kieferfirmen, darunter vier staatliche Waffenfabriken. Artilleriemunition wird in 23, Infanterie- und M.-G.-Munition in 12 Unternehmen gefertigt.

Wichtig für den Bedarf des neuzeitlichen Heeres ist ferner der Bau von Kraftwagen und Traktoren (Zugmaschinen). 60 bedeutende Unternehmen weisen Frankreich auf, darunter 12 besonders leistungsfähige mit einem Arbeiterstand bis zu 35000 Köpfen. Die Werke Citroen und Renault sind die bekanntesten. Acht Fabriken erzeugen Kraftflieger. Für Bau von Tanks und Panzerwagen sind fünf staatliche Werke und acht Privatunternehmen bestimmt.

Die französische Flugzeugindustrie ist heute die härteste Europas. Sie verfügt über mehr als 40 Fabriken. Die bekanntesten sind wohl Heuriet, Farman, Dewoitte und Potez. Die monatliche Produktion beläuft sich zur Zeit auf 50. Man rechnet in Frankreich mit einer Steigerungsfähigkeit auf 500 im Monat.

Bei den chemischen Kampfstoffen ist zu unterscheiden zwischen Treib- und Sprengmitteln (Pulver usw.) und den Gaskampfstoffen. Für letztere sind neben acht staatlichen Werken 14 Privatfirmen beschäftigt. Im Kriegsfalle ist beschäftigt, mehr als 100 weitere Unternehmen auf die Erzeugung von diesen Kampfstoffen umzustellen. Aber die Fabriken, die Gas herstellen, sind naturgemäß nur ungenaue Angaben öffentlich bekannt. Vorläufige Schätzungen nennen 12—15 Werke, deren Ergänzung durch 25 weitere im Kriegsfalle vorsehen sein soll.

Die Zahlen sprechen für sich. Sie umfassen die Friedensrüstungsindustrie anderer westlichen Nachbarn. Das von der Kammer mit großer Mehrheit — nur gegen die kommunistischen Stimmen — angenommene Gesetz über die Organisation des Volkes in Kriegzeiten, kurz „nation armée“ genannt, gibt der Regierung Befugnisse gegenüber der Industrie, wie sie bisher in keinem Lande und zu keiner Zeit bestanden haben.

Die Tschechoslowakei hat in der „A.-G. norm. Skoda-werk in Pilsen“ ihr Hauptfirmen. Ihr Sitz ist jetzt Prag, sie umfaßt sieben Werke und hatte 1926 eine Arbeiterzahl von über 16000. In diesen Werken wird fast jeglicher Heeresbedarf hergestellt: Gewehre, Maschinengewehre, Geschütze aller Arten und Kaliber, Minenwerfer und alle Sorten Geschütze, Bomben, Handgranaten, Pferdegeschirre und Kraftfahrzeuge, Tanks, Panzerwagen, Flugzeuge und



Motoren, Schiffe und Pontons, Pulver und Sprengstoffe. Ein gewaltiges Arsenal! Daneben fertigen folgende Firmen Kriegsmaterial: Gewehre und Maschinengewehre acht größere Werke, darunter die „Tschechoslowakischen Waffenwerke“ in Brünn, deren Aktien zu etwa 70 v. H. in Staatsbesitz sind; Nahkampfmittel produzieren zwei Firmen in Wien und Prag; Geschütze und Minenwerfer drei weitere Unternehmungen; Infanteriemunition drei, Artilleriemunition sieben größere Firmen. Für pferdebewpannte Fahrzeuge sind 13, für Kraftfahrzeuge aller Art vier große Werke eingestellt, für Lanks außerdem fünf. Flugzeuge liefern hauptsächlich drei Firmen in Prag, die zusammen mit dem Stobawer eine Jahresleistung von 500 Flugzeugen aufzuweisen haben. Die Motorenfabrikation übertrifft die der Flugzeuge noch bei weitem. Für Kampfgas sind bisher nur zwei Firmen errichtet, eine dritte ist bei Eger im Bau. Gasdruckmittel fertigen vier Fabriken, Pulver und Sprengstoffe sechs.

Die Tschechoslowakei ist ein junger Staat. Außer den Stobawerken fand er nur wenig vor. Wenn man auch beim Aufbau dieser Rüstungsindustrie Frankreichs Hilfe mit leitendem Personal, mit Geist und nicht zuletzt mit Geld nicht unterschätzen darf, die Leistungen sind beachtlich, wenn auch im Hinblick des Abrüstungsgebotens nicht erfreulich.

* * *

Ähnlich, nur schlechter lagen die Verhältnisse in Polen. Auch hier hat das Treiben des Pariser Generalstabes und die dem Volke immer wieder vorgepfeilte „Bedrohung“ in kurzer Zeit eine ansehnliche Rüstungsindustrie entstehen lassen. Folgende Zahlen geben ein anschauliches Bild: Es fertigen heute 16 Fabriken (zweiß in Kongresspolen, zwei in Galizien, je eine in Schlesien und Wäina) Gewehre und M.-G.s; sieben, davon vier staatliche, Geschütze; 19 Munition; zweiß Pulver und Sprengstoffe; es bestehen vier Fabriken für Kampfgas, sieben für Gasmasken, sechs für Kraftwagenbau, ferner zwei für Lanks und 17 für sonstige Heeresfahrzeuge. Polen verfügt weiter über sechs Flugzeugfabriken mit einer Monatsproduktion von 15—25 Flugzeugen.

* * *

Belgien ist bekannt als einer der Hauptwaffenlieferanten der Welt. Auch die Kämpfe in China werden zum großen Teil mit belgischem Material geführt. Seine Produktion übersteigt weit den eigenen Bedarf. Es besitzt vier heeres eigene Werksstätten, eine Geschützelei und Gewehrfabrik in Lüttich, und eine bedeutende

Artilleriewerksstatt in Antwerpen. Seine größte Waffenfabrik ist die „Fabrique national d'armes de guerre“ in Herstal. Seit 1920 besitzt es eine eigene Flugzeugindustrie mit dem Hauptpark „Saba“ bei Büffel. Mit einer Produktion von 30 Flugzeugen pro Monat ist zu rechnen. Besonders bemerkenswert ist ferner der außerordentliche Aufschwung der belgischen Kraftwagenindustrie, die 15 größere Werke umfaßt und für die erstrebte Motorisierung des Heeres von besonderer Bedeutung ist. Bei Anschaffung von Zugmaschinen durch den Staat wirken 3. B. militärische Stellen entscheidend mit.

* * *

Vergleicht man mit dem hier wiedergegebenen Stand der Rüstungsindustrien unserer Nachbarn die Lage Deutschlands, so tritt auch hier klar zutage, daß Deutschland mit weitläufiger Dorräte, wie sie Frankreich aus dem Weltreize und durch Ankauf amerikanischer Kriegsmaterials besitzt, haben wir nicht. Die Bedürfnisse unserer Reichswehr sind bis ins kleinste feilgelegt nach Form und Menge. Dies Material, das im täglichen Ausbildungsdienst benutzt und abgenutzt wird, ist auch für eine erst. Verwendung im Kriege bestimmt. Reserven sind nicht vorhanden. Die Zahlen des gehörten Materials aber geben ins Riesenhafte. Darüber hinaus hat uns Versailles auch die Zerstückung von Maschinen, Maschinenteilen, Rollen usw. auferlegt, die für eine Rüstungsindustrie in Frage kommen. Mobilisierungsarbeiten jeder Art sind unterjagt. Für die Bedienung des Bedarfs unserer Reichswehr, immer in dem eng umgrenzten, genau festgelegten Rahmen, sind einzelne wenige Firmen bestimmt, die Monopolstellungen haben, — die Ausschüttung jeder Kontingenz verneuert die Lieferung — und die diese Aufträge nur neben ihrer Hauptbeschäftigung erfüllen. Ja, die Zahl und Produktionsfähigkeit der einzelnen Maschinen ist genau festgelegt und darf nicht überschritten werden. Die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgüter jeder Art ist verboten. Die Fesseln des Versailles Vertrages sind auch auf diesem Gebiet so eng, daß uns jede Bewegungsmöglichkeit genommen ist.

bleibt die Frage: Welche Rolle spielte die Rüstungsindustrie bei den Genfer Abrüstungsverträgen? Bisher war sie recht gering. Sie wurde von den Gegnern wirklicher Abrüstung mit dem sogenannten „potential de guerre“ verknüpft, eine französische Entdeckung, deren Spitze gegen Deutschland durchschäftigt ist. Die Rüstungsindustrien werden sicherlich in den kommenden Verhandlungen eingehender berücksichtigt werden müssen, nachdem die Weltwirtschaftskonferenz jaß achtlos daran vorbeiging.

Der Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen.

Von Oberregierungsrat Dr. Berger.

Entsprechend dem Vorjahre hat der Generalagent (G. A.) auch diesmal einen Zwischenbericht über seine Tätigkeit in den ersten neun Monaten des 3. Annuitätjahres (d. h. 1. September 1926 bis 31. Mai 1927) erstattet.

Der Bericht läßt bisher nur im Originaltext vor. Es wird daher gegenwärtig von Interesse sein, die wichtigeren Feststellungen des Generalagenten in dem hier zur Verfügung stehenden Rahmen kennenzulernen. Dabei muß die Darstellung angesichts des an Umfang beträchtlich gewachsenen Stoffes und des hier verfügbaren Namens auf die Wiedergabe der Gedankengänge des G. A. be-

schränkt werden. Soweit sie durch die Presse* bereits bekannt sind, ist von der Wiederholung abgesehen worden.

Deutschland zahlte nach den Aufstellungen des G. A. in den Berichtsmonaten 985 895 000 G.M., wovon 950 800 000 G.M. auf die dritte, der Rest auf die zweite Annuität entfielen. Zugunsten der dritten Annuität, die 1800 Millionen G.M. beträgt, sind somit drei Viertel entrichtet worden, obwohl die ursprüngliche Zeit drei Viertel beträgt. Diese Ungleichheit erklärt sich vor allem aus den besonderen Geäußigkeiten, die in dem jeweiligen dem früheren

* Die inhaltlich besonders interessanten Ausführungen des Berichts sind am 13. 6. im selben Heft durch W. T. B. verbreitet worden.

Reichsfinanzminister ReinhoId und dem G. A. geschlossenen Abkommen über die Pauschalierung des kleinen Besparungsscheins vereinbart wurden, die die letzten fünf Monate des dritten Annuitätsjahres schwerer belasten als die vorangegangenen. Der G. A. stellt sich, daß die Zahlungen prompt und loyal erfolgt sind. Sie setzen sich für die dritte Annuität wie folgt zusammen:

Normaler Haushaltsbeitrag	82 500 000
Zuführender Haushaltsbeitrag	160 800 000
Besparungssteuer	202 500 000
Zinsen aus den Deutschen Eisenbahn-	
Schuldverschreibungen	360 000 000
Zinsen aus den Deutschen Industrie-	
Obligationen	125 000 000
Zusammen	950 800 000.

Die Verteilung der Zahlungen auf die verschiedenen Gläubigeremittas erfolgte ebenfalls regelmäßig auf Grund der bestehenden Verteilungsabkommen. Neu hinzugekommen ist eine Vereinbarung vom 15. Januar 1927, welche das die Verteilung der Darwezahlungen grundsätzlich regelnde Finanzministerabkommen vom 14. Januar 1925 ergänzt; hierdurch ist vor allem der jährliche Höchstbetrag der Zahlungsansprüche von 160 auf 111 Millionen herabgesetzt worden.

Insgesamt fanden rund 1075 Millionen für die Abtragung zur Verfügung (einschließlich des Kassenbestandes vom 1. September 1926).

Darvon wurden ausgegeben:

Diskont für Vorauszahlungen der Reichs-		
Kursvergesellschaft	rd.	5 Millionen,
Bahnerlöse		0,8 "
Dienst der Anleihe		66,5 "
Kommissionen		8 "
Englische Reparationsabgabe		164,7 "
französische Reparationsabgabe		49,7 "
Zahlungen an die Vereinigten Staaten		51,7 "
Bartransfer		155,6 "
Sachlieferungen		411,7 "
Befragungsstellen		94,5 "
Verfälschungen		1,5 "
Es blieb ein restlicher Kassenbestand von		151,5 "
Von diesem Kassenbestand entfallen		93 "
auf Refusausgaben und diskontierte Beträge (für genehmigte Sachlieferungen).		

Ein Teil der Reparationsstaaten hat die ihnen zur Verfügung stehenden Quoten fast reiflos ausgenutzt, so England, Serbien, Rumänien, Portugal und namentlich die Vereinigten Staaten, die zum ersten Male in die Reihe der Hauptgläubiger getreten sind; wesentliche Teile ihrer Quoten liegen vor allem Frankreich, Belgien und Italien unangesehrt.

Eine wichtige Veränderung innerhalb der einzelnen Abtragungsansprüche stellt die Verschiebung des Verhältnisses zwischen Sachlieferungen und Devisenzahlungen dar; während sich das Verhältnis nach dem im Vorjahre erstatteten Zwischenbericht des Generalagenten auf etwa 1 : 5 stellte, ist es jetzt fast 1 : 1. Bemerkenswert ist, daß sich die Sachlieferungen im Verhältnis zum Vorjahre nicht erhöht haben. Schläge auf ihre zukünftige Entwicklung sind allerdings hieraus noch nicht zu ziehen.

Die Fiskierungsprogramme des G. A. richten sich nach seinen monatlichen Einflüssen, sind daher zur Zeit recht verschieden. Der G. A. weiß z. B. darauf hin, daß das Monatsprogramm für April 1927 auf 204, für Mai-Juli auf je 110, für August wiederum auf 271 Millionen zu beziffern ist.

Die vierte Annuität (1. September 1927 bis 31. August 1928) erfordert insgesamt 1750 Millionen G. M. In Vorbereitung dieser Annuität ist zwischen der Reichsbahngesellschaft und dem Generalagenten mit Zustimmung der Regierung eine Vereinbarung über weitere monatliche (fast halbjährliche) Vorauszahlungen geschlossen worden, die der G. A. mit 5 v. H. Diskont vergütet. Das Abkommen ist zeitlich nicht begrenzt, kann jedoch von jeder Partei gelündigt werden. Nach Auffassung des G. A. liegt es errenntes Interesse über die freundschaftliche Zusammenarbeit ab und wird sehr dazu beitragen, die Zahlungen und Transfers zu erleichtern.

Den breitesten Raum des Berichts nimmt die Schilderung der Haushaltslage ein. Der G. A. legt zunächst das Interesse der Reparationsgläubiger dar. — Eine Finanzkontrolle hätten die Sachverpflichtungen abgelehnt. Sie käme auch nicht in Frage, solange die Reparationszahlungen bewirkt werden. Die Verfolgung der Haushaltsentwicklung sei aber aus drei Gründen erforderlich. Erstens sei der Gedanke des Haushaltsgleichgewichts von fundamentaler Bedeutung für den Sachverpflichtungen, weil hierdurch die Differenzstabilität abhänge. Ein Plan habe ferner ein unmittelbares Interesse an dem Haushalt mit Rücksicht auf die aus ihm an den Generalagenten abzuführenden Reparationsbeiträge, die einen

Vorrang genießen. Endlich wären die Beziehungen zwischen Haushaltsgleichgewicht und Währungsstabilität von Bedeutung für die Übertragung der Reparationsgelde. Es folgt eine Reihe weitläufiger Überlegungen und Erläuterungen der Einnahmen und Ausgaben der Haushaltsjahre 1926/27 und 1927/28, die bestimmt sein sollen, dem Leser einen klaren Überblick über die Haushaltsgestaltung zu verschaffen, den der G. A. bei den Ausweisen des Reiches zu vermischen glaubt. Der G. A. weist auf die hieraus ersichtliche Steigerung der Einnahmen und vor allem auf die der Ausgaben. Der letztere Umstand lasse keine glatte Haushaltsverhältnisse befürchten, und es sei von jeder Seite aus von Wichtigkeit, hier beizuteilen einzugreifen.

Der G. A. schließt seine Haushaltsbetrachtungen mit folgenden Bemerkungen: Das Problem sei, die häufig steigende Flut der Ausgaben zu dämmen. Wirkliche Schwierigkeiten kämen bei einem entsprechenden Willen der Regierung dabei nicht in Betracht; allerdings sei größerer Widerstand gegenüber neuen Ausgaben als früher notwendig. Dazu sei gründlichere Nachprüfung aller Ausgaben nötig. Das Ziel einer sparsamen Ausgabenwirtschaft wurde erschwert durch die Unterhebung von ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben. Diese Praxis führe zu einer häufigen Verdröhung des Haushaltsgleichgewichts (wie im Ergebnis in den Haushaltsen 1926/27 und 1927/28 und der Erfolg der 500-Millionen-Anleihe bewiesen), sie sei die Wurzel alles Übels und müsse gänzlich abge schafft werden. Das Reich habe eine Reihe von Referenzen, die es notfalls heranziehen könne, worauf der Reichsfinanzminister selbst hingewiesen habe. Die Leistungen an die Länder und Gemeinden dürften nur nach Maßgabe eines wirklich nachweisbaren Bedürfnisses erfolgen. Die Tendenz des jetzigen Finanzausgleichs liege in einer Verwirrung der Verantwortung für die Steuerhebung. Die Angelegenheit sei nicht mit der von den Sachverpflichtungen für notwendig gehaltenen Beschränkung in Ordnung gebracht. Die Veröffentlichungen über den Haushalt und die Kassengebung liegen an Klarheit zu wünschen übrig.

Eingehende Würdigung und Kritik läßt der G. A. auch den deutschen Kredit- und Währungsverhältnissen zu teilen. Er stellt fest, daß die Weltmarkt allen Erfordernissen einer Hochwertung entgegenstehe, habe und daß die innere Kaufkraft ziemlich behäuflich geblieben sei. Den starken Abfluß der Referenzen der Reichsbank (mit fast 1 Milliarde M.) führt er auf die Politik der Reichsbank zurück, die auf Abschmäkung der Auslandsanleihen gerichtet gewesen sei. Nach der Meinung des G. A. hat diese Politik außer der erwähnten Referenzenprüfung den Nachteil gehabt, daß sie kurzfristiges Geld, das wiederum Spekulationsdienste nicht abgehalten hat; deutsches Geld habe im Hinblick auf erhöhte Gewinnmöglichkeiten im Ausland auswärtige Anlagen gesucht; endlich sei die innere deutsche Zinsbildung unabhängig vom Reichsbankdiskont erfolgt.

Zu dem Problem der öffentlichen Gelder nimmt der G. A. in der aus seinen früheren Berichten bekanntem Weise Stellung. Das Auftreten dieser Gelder auf dem Geldmarkt hätte eine ihren eigentlichen Bestimmungen entgegengesetzte Tendenz gezeigt. Wenn Fiskierungen bezüglich der Verwaltung der Gelder des Reichs wären durch die 500-Millionen-Anleihe wieder ermöglicht worden, hätte diese Anleihe habe die Regierung in Wettbewerb mit den Anleihebedürfnissen der Wirtschaft gebracht und dem langfristigen Kapitalmarkt mehr, als er zu dieser Zeit vertragen konnte, entzogen. Fortschritte seien bezüglich der Verwaltung der Gelder der Verkehrsreditbank, nicht aber hinsichtlich der Reichskreditgesellschaft zu verzeichnen. Die Verwaltung der Gelder der Verkehrsreditbank ist zu einem großen Teil von der Goldsichtbank übernommen worden. Der G. A. deutet aber Zweifel an, ob es der Bekämpfung der Goldsichtbank entspreche, ihr neue Aufgaben zuzuführen, anstatt sie aufzulösen, und verweist auf die Empfehlungen der Sachverständigen, wonach die öffentlichen Gelder bei der Reichsbank selbst deponiert werden sollten. Der G. A. findet keinen gesetzlichen oder grundsätzlichen Einwand gegen die einseitige entschlossene Regelung des Problems der öffentlichen Gelder.

Bei der Wäpderung der Handelsbilanz weist der G. A. auf die Korrekturen hin, die die Zahlen der Statistischen Reichsamt in der Ein- und Ausfuhr der letzten 2½ Jahre auf Grund neuerer Nachforschungen dieses Amtes zu erfahren hätten; er berechnet hieraus eine Derringerung des Defizits der Handelsbilanz in der genannten Zeit von über 1½ Millionen M. Die Handelsbilanz der letzten sechs Monate weist eine verhältnismäßig stetige Ausfuhr, aber eine erhöhte Einfuhr auf. Der G. A. meint, die Finanzregierung dieser erhöhten Einfuhr sei, zum mindesten teilweise, durch die umfangreichen Auslandsanleihen erfolgt, die im Jahre 1926 in Deutschland aufgenommen seien. Es bliebe abzuwarten, wie weit sich diese erhöhte Einfuhr in einer erhöhten Ausfuhr wiederfinden würde. Der G. A. stellt am Ende die Frage, ob die erhöhte Einfuhr indessen nicht selge, daß Deutschland sich neuerdings im Innern überentwicke, ohne den so notwendigen Fortschritt in der Erlangung auswärtiger Absatzmärkte zu erzielen.

Der Kampf zwischen Nord- und Südchina.

Von Dr. Heinrich Schmitthenner, Heidelberg.

„Die Norden, die Süden“ ist heute das Kampfschrei in China, und es ist eine Zeitlang so aus, als wolle das große Reich in zwei Teile zerfallen. Schon manches Mal in der Geschichte waren Nord- und Südchina getrennte Staaten. Aber diese Trennung war nur vorübergehend, wenn man die Verjüngung bedenkt, die der große Raum und die riesige Masse des Chinesentums alle politischen und sozialen Veränderungen geben mußten. Das chinesische Staatswesen ist heute ein ebenbürtiges Monstrum wie das heilige römische Reich deutscher Nation zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges. China steht mitten in einer großartigen Umwälzung. Der Grund dafür ist die Tatsache, daß das große Land immer mehr in den Mechanismus der Weltwirtschaft, des Weltverkehrs und der Weltpolitik verflochten wurde und sich auf die Dauer der weltlichen Zivilisation nicht verschließen konnte. Die weltliche Welt neu einsehender sozialer, wirtschaftlicher und politischer Strömungen führte schließlich zur Umwälzung der alten Staats- und Wirtschaftsform. Der neu hereinbrechenden Zeit war die verkommenen Mandchudynastie nicht mehr gewachsen. Wie 50 Jahre früher in Japan, führte auch in China die gefolge zu einer politischen Revolution. Während aber im kleinen feingliedrigen Japan das alte, zum religiösen Schatten herabgerückte Kaiserium durch diese Revolution rasch neuen Inhalt erhielt, ist in China seit dem Beginn der Revolution vor 16 Jahren noch nichts Bleibendes entstanden. Seit dem Sturz der Mandchudynastie im Jahre 1911 hat sich kein fester Kern gefunden, der ähnlich wie in früheren Jahrhunderten ein neues Kaiserium hätte gründen können. Die Einigung des Reiches im Kaiser, dem Sohne des Himmels, ist heute nicht mehr die einzig denkbare Staatsform. Unter dem Einfluß des weltlichen, und vor allem des liberalen, des amerikanischen Geistes, glaubt das gebildete Chinesentum nicht mehr an die Monarchie oder gar im Absolutismus etwas Überwundenes erbliden zu müssen. Seit dem Ausbruch der russischen Revolution und der plötzlich real gewordenen Weltgeltung kommunistischer Gedanken ist noch ein neues Moment hinzutreten. Chinas lange Schicksalsunde ist mit der unerhörten Krisis der weltlichen Kulturwelt, mit dem Weltkrieg, seiner Vorgeschichte und seinen Nachwirkungen aufs engste verflochten. Aufgerollt wurde China 1911 aus einer durch Revolutionen gemilderten Despotie eine Republik. Sie hat aber bisher noch nichts Rechtes werden wollen, hat aber auch nicht fertig können. In dem staatlichen Durcheinander machten sich die verschiedensten Interessen der mannigfaltig gegliederten Provinzen geltend, entsprachen doch die Provinzen nach Größe und Volkszahl den europäischen Großstaaten. Die großen Generale, zum Teil mit dem Auftrag der Zentralregierung, die unbotmäßigen Provinzen zurückzugewinnen, teilten sich in die Macht, und es entbrannte heimlich und offen der Kampf darum. Peking, den Sitz der Zentralregierung, in die Hände ab. Selbst China hat sich in den letzten Jahren Bürgerkriege gesehen, und England und Japan, die glaubten, in dem oder jenem Machthaber einen Vertreter gekannt zu haben, haben die Kämpfe mit Geld unterstützt. Chang-Ho-lin, der Herr der Mandchurei, sieht im Einverständnis mit Japan und im Gegensatz zu Russland. England hat vor allem versucht, die militärischen Machthaber in Mittelchina in Koalition gegen Japan und Chang-Ho-lin zu unterstützen. Die geringsten Staaten fanden diesen Kämpfen ziemlich neutral gegenüber. Aber Frankreich suchte im fernen Südwesten in der sich unabhängig gebärdenden Provinz Yunnan an der Nordgrenze seines hinterindischen Kolonialreiches mitzuträgen zu können. Jeder der großen Generale kämpft eigentlich darum, nach der Vernichtung der anderen sich selber zum Kaiser zu machen. So unterschiedlich sich der Bürgerkrieg im Norden in dem Gebirgsengehakt kaum von den üblichen Kämpfen, die jedesmal entbrannten, wenn eine Dynastie vom Throne stürzte. Die Kämpfe drehten sich bisher um den Besitz der nordchinesischen Eisenbahn, denn wer dieses Gebiet wirklich beherrscht, sitzt im Norden fest im Sattel. Aber es ist noch keinem der Machthaber gelungen, die Ebene ganz und einkindig in seine Hände zu bekommen. Wohl wurzelt der alte Kaiserbesitz, der hinter jenen Kämpfen steht, im nordchinesischen Volke. Aber die große Masse sieht in all den Vorgängen nur eine Angelegenheit der Großen, um die man sich nicht kümmert, solange man nur pflügen, ernten und Handel treiben kann. Seit vielen Jahrhunderten ist es dem Bauern selbstgültig, wer sein Herr ist, und so erträgt er die furchtbaren Schicksale mit beispielloser Geduld. Trotzdem ist allmählich etwas von einem politischen Volkswillen zu verspüren, der jedoch nicht von dem Gewalten im Norden, sondern von Südchina ausgeht und genährt wird.

Mit ihrem Intrigenpiel und gelegentlichen Kampfhandlungen griffen die Machtkämpfe auch über den Jangtse nach Südchina über. Aber der Süden ist doch sehr fern von dem eigentlich im Norden gelegenen Peking, um dessen Besitz gewirbelt wurde. Hier im Süden bahnte sich eine andere Entwicklung an. Als es sich herausstellte,

daß die Revolution im Sinne der radikalen Republikaner von Grund aus verdrängt sei, verließen sie Peking, und der Dater der Revolution Sun-jatsen sammelte die in Canton, der Stadt, die gleichfalls am Rande des Reiches, aber im Süden gelegen, und ebenso mit dem Meer verflochten ist, wie Peking mit dem Innern Afrikas in Beziehung steht. Die Cantonregierung hat ganz andere Wege eingeschlagen als der Norden. Nicht das republikanische Programm ist das Neue, sondern der Nationalismus, der in China erwacht ist. Der alte Kulturbol des Chinesentums, der auf die Barbaren herab, ist in der Erkenntnis der nationalen Eigenart zum Patriotismus, so zum chauvinistischen Nationalismus geworden. Die Cantonregierung mußte sich gegen den Willen und die Machenschaften Englands durchsetzen. Hongkong, die englische Insel, liegt draußen vor der großen Stadt Canton und sänkt ihr den Welthandel vor der Nase ab. China ist zu groß um zu zerfallen, als daß es nicht erobert werden könnte. Aber wie Hongkong und Canton suchten die kapitalistischen Weltmächte des Westens unter Englands Führung das ganze Reich in wirtschaftlicher Abhängigkeit zu halten. Der von den Europäern vermalte und seit langem verpöndete und unter englischer Leitung stehende Seerzoll hat sich dabei als besonders wirksam erwiesen. Der Regierung des Südens lag es nahe, den Kampf gegen die ungleichen Verträge und die Vormacht der Weißen auf ihre Föhnen zu schreiben. Canton nahm so mit seinem revolutionären Programm auch den Kampf gegen England auf. Fremdes Geld hat Canton ursprünglich kaum erhalten. Das koloniale Chinesentum, das in den Ländern Hinterindiens und der Inseln reich geworden ist, hat seine finanziellen Unterläufer geworbt, allerdings nicht einheitlich. Viele reiche Chinesen in den englischen Kolonien haben nämlich den Gegnern der Cantonregierung geholfen, sehen aber ihre Sache schlecht. Er ist bolschewistische Ausland setzte mit Geld, Propagandamitteln und Instruktoren in Canton ein. In dem Kampfe Cantons um die Befreiung von dem Druck der Fremden hat Ausland einen der besten Wege, die kapitalistische Weltmacht zu schwächen. Die bolschewistische Propaganda hat in den Reihen der Südgierung breiten Boden gewonnen. Man darf aber den Süden nicht einfach als bolschewistisch auflassen. Neben der extremen steht eine gemäßigtere nationalsoziale Richtung, und beide behaupten, im rechten Sinne ihres roten Führers Sun-jatsen zu handeln. In den letzten Wochen ist der Kampf zwischen den Südens zu offenen Laufschritten geworden. Aber die Konflikte sind nicht ausgetragene und die beiden noch nicht abgebrochen. Noch immer ist es nicht ausgemacht, welche der beiden Richtungen der endgültig maßgebende Faktor sein wird. Kommunismus liegt dem chinesischen Bauern fern, und er hat schließlich in all diesen Fragen das letzte Wort.

Die Propaganda des Südens hat in allen dem fremden Handel geöffneten Plätzen breiten Boden gewonnen. Opiem und Wessien stehen sich fast unmittelbar gegenüber, und die der chinesischen Hoheit entzogenen fremdenüberlassungen müssen auf den chinesischen Patrioten demütigend wirken. Die eigene Gerichtsbarkeit, die der Fremde genießt, läßt den Chinesen die Gegenfähigkeit der beiden Welten immer von neuem empfinden. Selbst der Kull in diesen Städten glaubt, daß ihm der Weiße durch ein Delikt das Brot verschmälere und durch seine Vorrechte ihm Unrecht tue. In den japanischen und vor allem in den englischen Gebieten, die in einzelnen extraterritorialen Anstellungen aufgelöst sind, wird die Arbeitskraft von Frauen und Kindern in schamloser Weise ausgenutzt und zugleich der Propaganda eine bequeme Handhabe geboten. Streiks und Demonstrationen, die die wirtschaftlichen Kämpfe in Schanghai heraufbeschworen, wurden durch die Gewehre der englischen Polizei unterdrückt. Dies hat im ganzen Lande aufreizend gewirkt, und in Canton, wo die englische Besatzung der kleinen Europäeranstellung mit Maschinenabwehren auf die friedlichen Demonstrationen schoß, zu dem erfolgreichen Boykott der Insel Hongkong geführt, der über ein Jahr lang alle den Handel beherrschte und England riesige Verluste brachte. Der nationale Gebärde verband sich durch diese Vorgänge mit den wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen des entsehbaren Arbeiterlandes. Nicht umfängt er in dem riesigen Volkstörper von 420 bis 450 Millionen Menschen nicht mehr als 2 Millionen. Aber diese Menschen sind organisiert und durch die Verärmutung mit der modernen Maschinenkultur verhältnismäßig gebildet und von bolschewistischen Sendboten fanatisiert. Sie sind reiser als die zurückgebliebenen Bauern, und es besteht die Gefahr, daß die Arbeiter im extremen Flügel des Südens sich mehr Einfluss zu verschaffen wissen, als ihnen eigentlich zukommt.

Im Innern des üblichen China hat die kürzere Weltverkehrslebenszeit im Vergleich mit dem Norden der sozialistischen Propaganda und dem nationalen Gedanken Vorkub geliebt. Es war für die Südgierung von der größten Bedeutung, daß die Bevölkerung bis ins Innere hinein den Wirtschaftsdruck der Fremden spürt. So

markiert denn die nationale Idee im national-sozialen und im national-bolschewistischen Gewand von Süden nach Norden und hat selbst dort die Köpfe vieler Bedrücker, vor allem die der jungen Südenen, getroffen. Dies hat die Erfolge ermöglicht, die der Süden erfocht und die ihm in kurzer Zeit mehr als die Hälfte des Reiches zufallen ließen. Der Norden hat versucht, dem Süden den nationalen Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber er kam zu spät und konnte nur mit halber Kraft gegen seine Geldgeber angehen. Nur der Gegenstoß gegen den Süden konnte ihm die Einheitlichkeit geben. Gehen auch Chang-tso-lin, Sun-dun-fang und Wu-peï-fu, von denen die beiden letzteren ihr ganzes oder doch den größten Teil ihres Gebietes verloren haben, jetzt zusammen und scheint sich auch der bisher neutrale Gouverneur von Schansi der Nordkoalition anzuschließen, so ist doch Jeng-tschang, der sogenannte christliche General, der im westlichen Nordchina und in der inneren Mongolei sein Machtgebiet aufbaut hat, in Anlehnung an Russland, Parteigänger des „roten“ Südens.

Der Kampf zwischen Norden und Süden hat sich heute tief nach Nordchina hineingezogen. Aber die überlegene Einheitslichkeit, die den Süden bisher auszeichnete, ist verlorengegangen. Schon die Zerstückelung der beiden Richtungen ist im Schoße des Südens vollzogen, hatte die Cantonegierung ihren Sitz nach Hankau verlegt. Hankau ist eigentlich die gegebene Hauptstadt Chinas. Mit der Schwächung des Nordens und der Zentralregierung hat auch Peking, trotzdem es der Sitz der fremden Gesandten ist, als Hauptstadt des Reiches immer mehr von seiner Bedeutung verloren. Tibet und die äußere Mongolei sind China praktisch entfallen, und in der Mandchurien steht der Entscheidungsskampf zwischen Russland und Japan auf Kosten Chinas noch bevor. Dadurch verliert Peking, das besonders geeignet war, die Beziehungen zu Zentralasien zu pflegen, einen großen Teil seiner geopolitischen Bedeutung. China bedarf einer neuen Hauptstadt. Aber ebenso wenig wie das kontinental-ergreifende Peking kann das maritim-ergreifende Canton der Herrschaftsitz eines geeinigten Chinas werden. Die Verlegung der Cantonegierung nach Hankau bedeutete die Annäherung des Anspruchs auf das ganze Reich. Durch die Zerteilung des Südens hat Hankau einen Teil seiner Bedeutung an Nanjing abgegeben. Aber Nanjing, das zu weit an der Küste liegt und den Kriegsschiffen der Fremden zu sehr ausgesetzt ist, wird als Hauptstadt wohl nur eine vorübergehende Rolle spielen; als große Hauptquartier des besiegten Generals Cchang-fai-schü in dem Bürgerkrieg, dem die Weltmächte Gewehr bei Fuß zusehen. Diesem vertritt heute Nanjing und seine Regierung den nationalen Gedanken besser als das vom Bolschewismus angelegte Hankau. Aber gerade wegen des Gegenstoßes zu Hankau muß Nanjing zu Konzessionen mit den nördlichen Generalen und wohl auch den antibolschewistischen Weltmächten geneigt sein.

England hat in dieser Auseinandersetzung Schritt für Schritt verloren. Nun erachtet es die Fehlschritte seiner alten egoistischen Politik auch seiner üblichen Handlungsweise im Weltkrieg. Der offene Wirtschaftskampf gegen England war das beste Propagandamittel der Südgierung. Die Unabgibtigkeit des offiziellen Englands, das mit dem liegenden Süden ins reine kommen wollte, um möglichst viel aus dem Umfassung zu retten, und das Verlangen der englischen Chinaaufseher nach energischem Eingreifen hat zu einer unklaren, zaudernden Politik geführt, zurückhaltend im Nachgeben und im Beharren. Die gewaltige Kriegs- und Wirtschaftsmacht hat viel von ihrem alten Ansehen verloren. Aus dem Jangebieten, jenem Gebiet, das England vor 50 Jahren als sein eigenes Interessengebiet betrachtete, ist es immer mehr hinausgedrängt worden. Aber es hofft, bei der neuen Wendung der Dinge von seinem letzten großen Stützpunkt in Schanghai aus zum wenigsten einiges wieder zurückgewinnen zu können.

Wir Deutsche können diesen Kämpfen in Gelassenheit zusehen. Durch den Krieg wurden wir gezwungen, auf unsere Sonderrechte und unsere Besitzungen in China zu verzichten. England hat nicht gegahnt, daß es dadurch sich selber die größten Schwierigkeiten bereite. Durch das Auscheiden der Deutschen und Russen aus dem Ring der weissen Mächte war eine unheilbare Wunde in die Ausnahmestellung der Weissen gelegt. Sie mußte von hier aus in Zerfall geraten. Nach dem Krieg hat China auf Befehl Englands und Amerikas widerwillig die Deutschen ausgewiesen. Das hat der Würde des weissen Mannes einen großen Schlag verlezt und England nichts genützt. Die Deutschen sind wieder zurückgekehrt, ja, es sind heute noch mehr in China als vor dem Krieg. Der deutsche Kaufmann, der deutsche Techniker und der deutsche Arzt sind in China gern gesehen. Aber ein Auswanderungsland ist das menschenwimmelnde China nicht. Nur wer eine sichere Anstellung in der Tasche hat, kann es wagen, draußen seine Erfahrung auszubauen. Die Sägenpropaganda während des Krieges war die beste Reflektoren für Deutschland. Selbst im abgelesenen Innern weiß man, es ein Deutscher ist und was Deutschland produziert. Wir Deutsche gelten dem Chinesen als aufrichtiger Freund, der nur wirtschaftliche und keine politische Interessen verfolgt. Aber trotzdem haben wir keine Demoralisierung, uns über die Schwierigkeiten unserer alten Feinde in China zu freuen; denn mit ihnen leidet auch unser Handel darunter, und die nationale Bewegung in China richtet sich gegen Ende gegen alles fremde. Laßtlagen will man den Weissen vor nicht mehr wie noch vor Begehrzeit; aber man will seine Wirtschaft zurückbringen. Wenn einmal die anderen Nationen ihre Sonderrechte verloren haben, besteht die Gefahr, daß der Dorfprung, den wir jetzt noch haben, allmählich verlorengeht. Wir müssen uns anstrengen, ihn in treuer Arbeit und redlichem Handeln zu erhalten.

Der Schweinefleischpreis vom Erzeuger zum Verbraucher.

Neuerdings mehren sich die Stimmen aus allen Teilen des Reiches, die über die Höhe der Fleischpreise klagen und nachdrücklich ein Einschreiten amtlicher Stellen, der Gemeinden bzw. des Reiches verlangen. In Anbetracht der Bedeutung, die dem Fleisch, insbesondere dem Schweinefleisch, als wichtigem Lebensmittel für die Volksernährung zukommt, wird hier der Versuch unternommen, den Klagen auf ihre innere Berechtigung nachzugehen und nach den Ursachen der Verteuerung zu forschen.

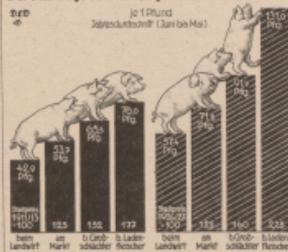
Die Stelgerungen, die der Schweinefleischpreis auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher erfährt, sind, wie die beigegebenen Schaubilder dartun, tatsächlich erheblich. Vorweg sei bemerkt, daß den bildlichen Darstellungen die amtlichen Berliner Notierungen im Jahresdurchschnitt zugrundegelegt sind, und zwar jeweils vom Juni des einen bis zum Mai des nächsten Jahres. Abgesehen von der amtlichen Marktnotierung, ist der Erzeugerpreis beim Landwirt durch Abzug der vor kurzem im Enquete-Ausdruck festgestellten Spanne von 20 v. H. errechnet. Die Großhandelspreise basieren auf den Notierungen am Berliner Großfleischmarkt. Der angegebene Preis für Kadonfleisch stellt den Durchschnitt der Notierungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin dar. Im übrigen sei noch bemerkt, daß die sämtlichen Berechnungen

nungen nach einem einheitlichen von den beteiligten Kreisen anerkannten Schlüssel erfolgt sind, so daß eine Vergleichsmöglichkeit der Vorkriegspreise mit denen von 1926/27 durchaus gegeben ist.

Wie aus dem Schaubildern hervorgeht, ist der Unterschied zwischen den Preispaaren von 1911/13 und heute teilweise ganz erheblich. Insbesondere ist die Spanne im fleischerischen einer Barriere berechtigt, die dem Schwein die Erfüllung seiner Aufgaben als Hauptträger der menschlichen Fleischversorgung zu sein, nahezu unmöglich macht. Das wiegt, vom ernährungsphysiologischen Standpunkt aus gesehen, um so schwerer, als die Fleischnotierung unseres Volkes in der Vorkriegszeit je 54 v. H. aus Schweinefleisch bestand.

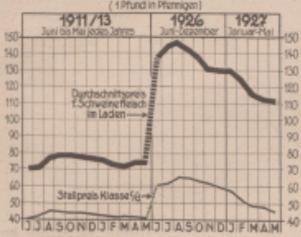
Allerdings sind die Schweinepreise in der letzten Zeit wiederholten Preisrückbewegungen von 8—10 Pf. je Pfund lebendgewicht unterworfen; die Fallpreise haben jedoch im Mai und Anfang Juni d. J. die Preise von 1915 unterschritten. Diese Preisentwicklung ist für die deutsche Schweinezeit überaus nachteilig; ja es besteht sogar die Gefahr, daß die in vollem Aufblühen befindliche deutsche Schweinezeit infolge mangelnder Rentabilität einem bedenklichen Rückschlag erleben kann. Eine solche Entwicklung wäre um so mehr zu bedauern, als das Schwein eine wichtige Einnahmequelle gerade für den kleinen Landwirt und Landarbeiter bildet. Auf Märkte mit erhöhtem Auftrieb und wachsenden

Der Schweinefleisch-Preis auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher



Preisen folgen in der Regel solche mit geringerem Auftrieb und tieferen Preisen. Während die Kafenpreise die auch in Friedenszeiten ähnlichen Schwankungen auf den Viehmärkten fröhlich trotz der nicht sehr bedeutenden Verdienstsparne ohne weiteres auffingenden und an ihren gleichmäßigen Preisen festhielten, haben wie es erst vor kurzem in Berlin erleben müssen, daß die infolge einer vorübergehenden Materialverknappung etwas erhöhten Notierungen eines einzigen Marktes zahlreichen fleischern Veranlassung gaben, ihre Preise gleich um 10 bis 30 Pf. je Pfund in die Höhe zu schieben.

Schweine- u. Schweinefleischpreise in Berlin.

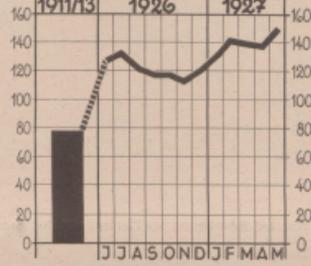


Auf der andern Seite folgen bei nachgebenden Diebpreisen die Kafenpreise nur zögernd und schwach. Nur dadurch ist es zu erklären, daß wie das Schaubild Nr. 1 zeigt, auch bei sinkenden Schweinepreisen die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis sich vergrößert. Es ergibt sich, daß die Spanne zwischen den Diebpreisen als Stall und den Fleischpreisen im Einzelhandel heute doppelt so groß ist als in der Vorkriegszeit.

Wie diesem Uebelstand abzuhelfen sei? Der Ruf nach behördlicher Einwirkung muß, da eine Zwangswirtschaft nicht mehr be-

steht wirkungslos verhallen. Aber liegen nicht im Verhalten der Konsumenten selbst Möglichkeiten der Abhilfe? Ähnlich wie in England und Amerika kann man von einer fortgesetzten Kontrolle der öffentlichen Meinung, in letzter Linie von der Selbsthilfe der Verbraucherchaft sich eine gewisse und letzten Endes wirksame Einwirkung auf die Preisgestaltung versprechen. Die Käuferchaft ist sich, wie sich gerade hier deutlich zeigt, noch immer nicht der Macht bewußt, die sie seit der Stabilisierung der Mark und seit der Überwindung des Warenmangels in den Kriegsjahren wieder besitzt. Eine Verbraucherchaft, die sich ihrer Machtstellung bewußt ist und sie konsequent ausnützt, wird einen nicht unmaßgeblichen Teil dazu beitragen können, auf dem Gebiet der Regulierung der Lebensmittel, nicht zuletzt der Fleischpreise, wieder zu normalen Verhältnissen zu gelangen.

Aufschlag auf den Stallpreis in %



Die Vortragstätigkeit der R. f. S. im Winterhalbjahr 1926/27 (1. September 1926 bis 30. April 1927).

Von Oberrégierungsrat Dr. F. J. e g l e r.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die Vortragstätigkeit der Reichszentrale für Heimadient sich hauptsächlich auf die Monate des Winterhalbjahres zusammenschlief. Von Winter zu Winter hat diese Arbeit an Umfang und Stärke zugenommen. Immer mehr hat sie in allen Ecken des Reiches Eingang gefunden, sich eingebürgert und ist an zahlreichen Orten des Reiches zu einem festen Bestandteil des geistigen und politischen Lebens geworden.

Auch in der Methodik und praktischen Durchführung hat sie immer festere Gestalt gewonnen und bestimmte Formen gefunden, die sich aus der praktischen Erfahrung selbst heraus ergeben haben. Für die größeren Städte hat sich allmählich die Form der sogenannten staatsbürgerlichen Lehrgänge herausgebildet, für die Kreis- und Landstädte die der sogenannten Bildungstage (Wochenendtagungen). Diese beiden Arten von Veranstaltungen sprechen sich mehr oder weniger über das ganze Reich hinweg. Daneben haben immer weitere Verbreitung besonders die Bildungsveranstaltungen für bestimmte Berufsgruppen gefunden, so vor allem Dingen für Gewerkschaftsleiter und Lehrer. Zu diesen beiden großen Gruppen von Veranstaltungen tritt als letzte Ergänzung das ausgedehnte Einzelvortragswesen, mit und ohne Eichbild, das in tausend Verästelungen in alle Bezirke des Reiches und Schichten unseres Volkes hineinragt.

Von den staatsbürgerlichen Lehrgängen haben in den verschiedensten größeren Städten des Reiches 99 stattgefunden. An ihnen haben 66 296 geladene Personen teilgenommen. Es seien beispielsweise folgende Städte aus den verschiedensten Teilen des Reiches erwähnt:

- München, Bamberg (Bayern), Breslau, Dortmund, Dresden, Duisburg, Elbing, Emden, Erfurt, Essen, Flensburg, Frankfurt a. O., Glatz, Guben, Halberstadt, Harburg, Heilbronn, Kassel, Kiel, Königs, Künz, Künzberg, Marienwerder, Minden, Naumburg, Neumünster, Neisse, Oldenburg, Plauen, Schneidemühl, Stolp, Straßburg, Tilsit, Zandau.

An diesen Lehrgängen haben u. a. folgende Herren als Redner mitgewirkt: Reichskanzler Dr. Marx, Finanzminister Dr. Höpfer, Adolf, die Reichs- bzw. Staatsminister a. D. Dr. Daud, Stöckel, und Wiffel, die Gewerksruere a. D. Freiherr von Rechenberg, Dr. Schöne und Dr. Seitz, Reichstagspräsident Köbe, Reichsanwält, Reichspräsident Pöschel (Krieglich), Staatssekretär z. D. Prof. Dr. Julius Friedrich, Ministerialdirektor z. D. Dr. von Schoenebeck, Frau Ministerialrat Dr. Bäumer, die Abgeordneten Prof. Dr. Bergsträsser, Dr. Heuß, Frau Clara Menck, Frh. von Rheinbaben, Dr. Spidernagel, die Universitäts-Professoren: Brandenburg (Keipzig), Dibelius (Berlin), Helander (Kiel), Hellpach (Heidelberg), Herde (Kiel),

- Frederich Hoffmann (Münster), Hoepfch (Berlin), Johrow (Berlin), Künzgel (Frankfurt a. M.), Kaubert (Breslau), Kann (Hamburg), Oßig (Hannover), Schaaf (Königsberg), Schöel (Kiel), Schilling (Kiel), Söcher (Berlin), Waernig (Halle), Wiedenfeld (Keipzig), Wilhelm (Frankfurt a. M.), former Generalleutnant a. D. Graf Max Montglas, Dr. Paul Rochbad, Oberst a. D. Schwerteger (Hannover), Geh. Rat Cleinow, Reichsbahnpräsident Sigel (Stuttgart), Direktor Dr. Bertling, die Generalsekretäre Eggert, M. d. N. W. K. und Otte (Berlin) usw.

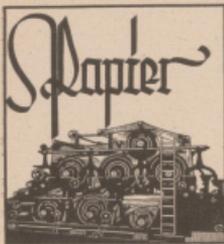
Es sei als Beispiel für einen derartigen Lehrgang das Programm von Duisburg hierhergeführt.

- „Deutschlands außenpolitische Lage“ (Prof. Dr. Künzgel, Frankfurt a. M.); „Volkstum und modernes Wirtschaftsleben“ (Dr. Dooifat, Berlin); „Das Ölproblem“ (Geheimrat Cleinow, Berlin); „Der Einfluß Amerikas auf die Wirtschaft der Welt“ (Staatssekretär z. D. Prof. Dr. Jul. Kirch, Berlin).

Auf jeden Einzelvortrag dieser Lehrgänge entfallen durchschnittlich 223 Teilnehmer. Wenn man bedenkt, daß diese Veranstaltungen in wesentlichen gegen Eintrittsgeld stattfinden und von vornherein auf ein Zufallspublikum vorzusehen, so bezogt dieser Besuch ohne Zweifel ein hartes Interesse für diese staatspolitischen Lehrgänge der R. f. S. Wenn man ferner bedenkt, daß diese 66 000 Personen ausschließlich den geistlich führenden Kreisen aus allen Parteien, Berufen und Ständen des deutschen Volkes entstammen, dann freit sicherlich in diesem Teil der Arbeit eine starke Wirkungskraft. So haben auch diese Lehrgänge überall tiefen Eindruck hinterlassen, was insbesondere in den ausführlichen Berichten der örtlichen Zeitungen zum Ausdruck gekommen ist.

Weil zahlreiche sind natürlich die staatsbürgerlichen Bildungstage (Wochenendtagungen). Sie sind eine Art Illerereveranstaltung in den Kreisstädten, zu der ausdrücklich die führenden Persönlichkeiten aus Stadt und Kreis eingeladen werden. Sie bringen meist je ein Referat über die außenpolitische und wirtschaftliche Lage des Reiches, und zwar von Rednern der Landesabteilungen, die an den Schulungswochen der Reichszentrale für Heimadient teilgenommen haben. Von diesen staatsbürgerlichen Bildungstagen haben insgesamt 639 im ganzen Reich stattgefunden. Es haben an ihnen 80 785 Personen teilgenommen, an jedem einzelnen Bildungstage also durchschnittlich 126 Personen. Auch diese Bildungstage haben zum Teil gegen Eintrittsgeld stattgefunden, zum überwiegenden Teil haben die betreffenden Gemeinden oder Kreisverwaltungen durch besonderen Zuschuß das Zustandekommen ermöglicht. Es sind rund zwei Drittel sämtlicher

Ausstellungen in Leipzig und Dresden. Von Robert Breuer.



Eine moderne Papiermaschine

Wagen einzeln gefächelt werden, und damit das Handverfähen, das heute nur noch für besonders edle Sorten angewandt wird, beinahe verdrängt. Während 1840 in Deutschland noch 1500 Bütten zu finden waren, gibt es 1924 deren nur noch 50; wenn im Jahre 1819 die erste Maschine aufgestellt wurde, rollen 1924 beinahe 800. Entsprechend steigert sich die Produktion; im 1800 dürfte sie für ganz Deutschland kaum 15 000 t betragen haben, 1926 werden 1,7 Millionen t hervorgebracht. Die Tagesproduktion einer modernen Druckpapiermaschine beträgt das Dreifache der Jahresleistung einer großräumigen Papiermühle. Aus solchen Fiktionen ergibt sich die gewaltige Bedeutung des Papiers für die deutsche Wirtschaft. Wer sinnfällig davon überzeugt sein will, durchwandre die Dresdner Papierausstellung, die einen immer wieder überraschenden Einblick in diese industrielle Proving gewährt.

Etwa ein Viertel der gesamten Papierleistung wird für den Zeitungsdruk verwendet, ein anderes Viertel wird ausgeführt. Neben dem Zeitungspapier, dem Schreibpapier, dem Padpapier, dem sonstigen Druckpapier gibt es aber noch unzählige andere Anwendungen: Duntpapier, dessen Familie in Dresden als Blume, als Wasserdecoratur, als Maschenpapier in phantastischer Sauberkeit gefertigt wird, Papiere für Geldscheine und Briefmarken, für Capeten, Plakate, Photographien, durchsichtige und leuchtende Papiere, Papiergespinne, Pappen, Hartpapiere, Kartons in den verschiedensten Stärken, Papiere für die zarten Umwicklungen von Schokoladen, darüber für Zigarettenpadungen und besonders widerstandsfähige für Koffer. Dies nur eine ungefähre Auswahl. Jede dieser Gattungen wird durch besondere, äußerst raffinierte Apparatur erzeugt, jede wird durch nicht minder geistreiche Maschinen angewandt. Die Einwickelmaschinen, die durch ein, zwei Dutzend massiger Griffe auf das lauberte und schnellste befragen, wozu sonst der Hygiene entgegen, ein Kreuz von Händen notwendig ist, rücken die Verdrängung des Menschen durch säherne Räder und Zangen verdrängt nahe.

Den Rohstoff für den weitaus größten Teil des Papiers liefern die Wälder. Während früher für die Papierherstellung textile Abfälle, Lumpen, benutzt wurden, beschränkt sich der Verbrauch dieses wertvollen Materials heute auf etwa 60 000 t zur Erzeugung der teuren Qualitäten. Alles übrige Papier wird aus Pflanzenfasern, vor allem aus Lein- und Zellohlgewinn, hergestellt; die primitiveren Papiere aus Holzschliff, die feineren aus Zellstoff, einer chemisch gewonnenen, hochwertigen Umwandlung des gewachsenen Rohstoffes. Nur 40 v. H. des benötigten Holzes stammt aus Deutschland, der überwiegende Teil wird aus dem Ausland bezogen, aus Polen, Finnland

und der Tschechoslowakei. Der dauernd wachsende Bedarf macht der Fabrikation bereits heute Beschränkungsorgen.

Die Verwendung des Holzes für die Papierherstellung datiert aus dem Jahre 1840 und wird zurückgeführt auf den sächsischen Webermeister Johann Gottlieb Keller. Vorbild sind die Weipenester, die aus Jarten, aus dem Holz herausgelöstem, mit Speichel und anderen Sekreten vertriehten Holzfasern aufgebaut werden. Dem Prinzip nach ist der Holzschliff nichts anderes als eine Nachfolge in der Erfindung des Injektionsinfraktes. Inoffen haben die Laboranten und der technische Witz des Maschinenbauers, setzen, um den simplen Kaus- und Verdunstungsprozess höchst kompliziert zu steigern. Heute kann Papier für alle nur denkbaren Ansprüche und Beanspruchungen hergestellt werden; zur Prüfung der Produkte auf Feigheit, Saugfähigkeit, Dehnbarkeit, Zähigkeit, Holzgehalt, Keimung gibt es unbesiegbliche Meßinstrumente.

Bedeutung ist auch die Industrie der Farben, durch die der bleiche Stoff den benötigten Ton bekommt, oder mit denen er beschrieben und bedrukt wird. Die Zusammenhänge zwischen dem Papier als Träger und den Farben, Tinten und Lacken sind äußerst subtil; die jeweilige chemische Beeinflussung der Faser, daneben die Erhtheiten gegen Regen, Wasser und Licht sind umfangreiche Gebiete spezialistischer Wissenschaft. Der überfliegende Reichtum all der Möglichkeiten der Papierzeugung hat übrigens bereits seit längerer Zeit zur Festlegung von Normalformaten und von Normformaten geführt. Die Ökonomie der Wirtschaft fordert auch hier, die fast unbegrenzte Gegebenheit der Varianten auf bestimmte, erforderliche Typen zu beschränken. Man braucht nur zu überlegen, wie eine Druckmaschine in ihrer Rentabilität abhängig ist von der vollen Ausnutzung des Papierformates, um zu erkennen, daß jhrankenlose Willkür in der Größenangabe etwa eines Prospektes oder eines Buches zu jwofeltiger Vergewaltigung von Stoff und Arbeitskraft führen müßte. Die Bücherfammer, nicht minder



Arzt: Die Bütte

die Briefschreiber und Aktenmacher wissen genug von Belästigung durch unisplinierte Formate. Die Normisierung der Papierformate ist eine dringende Aufgabe geordneter Wirtschaft. Im Jahre 1926 hat das Reichsfinanzministerium durch einen Erlaß über die Verwendungsstellen und Verwendungsvoorfristen der für die Reichsbedürfen verbindlichen Papiere einen bemerkenswerten Vorstoß für solche Rationalisierung der Papierproduktion getan. Man darf wohl erwarten, daß in absehbarer Zeit sowohl die Dichter wie die Briefschreiber und die Reklamemacher darauf verzichten, ihre Individualität durch das Papierformat zu verlinken.

Eine interessante Gegenüberstellung gibt es, wenn der Jahresverbrauch, gerechnet auf den Kopf der Bevölkerung, verglichen wird. Da zeigt sich, daß die Vereinigten Staaten von America weitaus an der Spitze marschieren; ein jeder ihrer Bürger konsumiert in



Edelfasern

Massenbedarfsfasern

Packpapierfasern

Avifa

Relation der Zeitung.

Was sich begeben und

getragen hat / in Deutsch- und Belgischland Spanien, Portugal, England, Frankreich, Belgien, Österreich, Schweden, Finnland und in allen Provinzen in Ost- und Westindien.

Es alle bis 19. Januar angefangen.



Erstaus in Jahrbuch.

Die Münchener-Augsburger Eisenzeitung vom Jahre 1600

nen asiatischen. Im übrigen aber wäre es gewiß falsch, den Verbrauch an Papier als alleinigen Maßstab der Kultur gelten zu lassen. Es ist nicht ohne weiteres zuzugeden, daß Deutschlands Kulturstand nur ein Drittel von dem der Vereinigten Staaten bedeutet; es kommt schließlich nicht nur darauf an, daß Papier verbraucht wird, ein wenig fällt auch in die Waagschale, was auf dem Papier zu lesen ist, ob Schauergeschichten und Annönnchen, ob Philosophie oder sonstige Geistesarbeit. Bei solcher Wägung würde sich das Verhältnis zwischen dem Massenverbraucher an Papier wahrscheinlich nicht nur durch die Qualität ausdrücken lassen.

Das Papier ist das Mittel, dem Geist zu materialisieren. Welche Schwierigkeiten befinden sich die Typisten, die Druckschreiber, die Korrekturen, wenn es kein Papier gäbe. (Von den Nachdrückenden zu schweigen.) Solche Unmöglichkeit des Papiers wird, wie so manche entscheidende Voraussetzung, oft genug vergessen. Es ist kaum vorzustellen, wie die Welt ohne Papier aussehen würde. Die Geschichte des Papiers und seiner Verwendung, seiner Wandlung in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern ist der Lauffuß aus der Antikezeit und primitiven Gebundenheit zur Freiheit unersessenen Fortschritts. Dem Buch gebührt das hohe Lied des Menschen. Ein reiches Konzert solcher Bekennnisse gewährt die monumentale Ausstellung internationaler Buchkunst zu Leipzig. Sie verdient letztes Lob und efferveszentes Studium. Nach Ausmaß und Anordnung ist sie eine schätzenswerte Wohltat. Sie füllt sämtliche Räume des Museums am Augustusplatz, das man kaum wiedererkennet, so manierlich, so einladend und trotz der vielen kleinen Objekte ruhig und gesammelt wirken die Kabinette.

Gerhart Hauptmann

Winterballade

Eine dramatische Dichtung



Fischer-Verlag-Berlin

Vertrieb: G. H. Wegl

12 zwölf Monaten 62 Kilo Papier. Der Engländer begnügt sich mit 37, während der Deutsche mit 21 Kilo auskommen muß. Dem Franzosen genügen 20,5 Kilo, dem Schweden 20, dem Schweizer und Belgier je 19. Der Österreicher gar beschickte sich auf 14 Kilo, der Japaner auf 10,2, der Tschechoslowake auf 10, während der Italiener sich nicht geniert, mit 8 Kilo papierem Jahresverbrauch zufrieden zu sein. Er wird nur noch vom Spanier mit 6 und vom Sowjetrußen mit 5 Kilo untertroffen. In solcher Statistik ist allerdings anzumerken, daß sie noch mehr als manche ihrer Geschwister der genaueren Ausdeutung bedarf. Bei Aufzählung, z. B. müßte unterschieden werden zwischen dem europäischen und dem abseits der sogenannten Zivilisation gelegenen Weltteil, der Kultur gelten zu lassen. Es ist nicht ohne weiteres zuzugeden, daß Deutschlands Kulturstand nur ein Drittel von dem der Vereinigten Staaten bedeutet; es kommt schließlich nicht nur darauf an, daß Papier verbraucht wird, ein wenig fällt auch in die Waagschale, was auf dem Papier zu lesen ist, ob Schauergeschichten und Annönnchen, ob Philosophie oder sonstige Geistesarbeit. Bei solcher Wägung würde sich das Verhältnis zwischen dem Massenverbraucher an Papier wahrscheinlich nicht nur durch die Qualität ausdrücken lassen.

Deutschland beweist bei dieser internationalen Prüfung vorzüglichen Bestand. Selbst wenn berücksichtigt wird, daß die jüngeren Länder nicht so umfangreich wie der Gasseiger zeigen können, was sie hervorbringen, bleibt doch das gefälschte Urteil eines bemerkenswerten Vorfranzosen, einer erkaunlichen Beweglichkeit und einer befriedigenden Reife der deutschen Buchkunst.

Während England, wie man wußte und wie die Leipziger Ausstellung bekräftigt, bei seiner erhabenen Tradition, dem Vorbild des europäischen Buches, bei der Klasse des William Morris und der Idyll der Präraffaeliten, mit bewusstem Konservatismus beharrt, während auch Frankreich noch immer in der Erinnerung lebt und die Stile der letzten Könige pflegt, hat Deutschland auf dreitem Grund unter Hinzuziehung einer bedeutenden Schar von Technikern und Künstlern ein neues und reiches Buchgewerbe sich geschaffen. Die Befreiung vom verurteilten Prachtstolz zum Gebrauchsbuch hat vorzüglich auf dem Gebiete der Kunst, hier, wie die Notwendigkeit groß war, ist auch der Feinsinn um so spärlicher. Aber nicht Drarmung erfolgte; im Gegenteil, es drängten sich die Persönlichkeiten, die, bei Wahrung des sachlichen Gehalts, gegen das Gesetz des Buches, der Rhythmus des Buchstabs und seiner Kombination immer wieder neue, klare und eindringliche Anordnungen finden. Dazu gestellt sich eine Schar von Zeichnern, von Illustratoren, die das Seitenbild durch Witze und Pathos im Stil des Graphischen verschönernd und den Inhalt in lesbare Bilder bringen. Die Namen dieser Buchmeister zu nennen, dieser Heister deutschen Rufes, würde bedeuten, den Katalog der deutschen Abteilung in Leipzig abzuschreiben. Es gibt kein anderes deutsches Gewerbe, wo der Kritiker der Form so entzweifelt vor einem allfälligen Übermaß steht. Man möchte veruchen, wenigstens die Häupter zu zählen: Etmund Klefens, Rudolf Koch, Paul Renner, Heinrich Wiewand, Walter Tiemann, die spezialisierten Typographen, deren Auge äußerst empfindlich ist für die Gewichtsverhältnisse von Schwarz und Weiß, von Zeilenlänge, von Balance zwischen Sahpfeil und Papierrand. Dann: E. R. Weiß, Steiner-Prag, Marcus Behmer, Gullbranson, Walter Klemm, Rubin, Kleinert und Meßel, Orlik, Dretorius und Erler, die eigentlichen Illustratoren, die der Wirklichkeitschilderung den Duce der kleineren Kettner geben. Und schließlich die ganz Großen: Kiebermann, Siemow, die sich nur gelegentlich in Buchstaben verbannt haben.

Nicht nur die Gerechtigkeit, vorzüglich die sachliche Einsicht verlangt, daß neben diesen Männern des Erfindens auch die Organisatoren der Derwirklichung gerührt werden, die Schriftsetzereien, die Buchbinder, die Inhaber der Kupferpressen, die Verleger der teuren und billigen Bücher.

Deutschland wird aus diesem Kriege arm an materiellen Gütern hervorgehen, aber reich bleiben an Arbeitsfreude und Gestaltungskraft, wenn nur das Volk zu dem Idealismus früherer Zeit zurückfindet. Im Leben jedes einzelnen wird Sparbarkeit und Einschränkung der materiellen Bedürfnisse Pflicht sein. Was den Verbrauchsgütern an Menge und Reichtum des Materials fehlen wird, muß durch Gediegenheit und künstlerische Formgebung ersetzt werden, wenn die Schlichtheit nicht zur Armseligkeit entarten, das Kulturbedürfnis nicht ersticken soll. Qualitätsarbeit wird deshalb in Zukunft für Deutschlands Handwerk und Gewerbe Lösung sein. Nur in ihr können wir die Kräfte voll entfalten, die in uns liegen und die uns niemand nehmen kann: Ideen und Fleiß.



Und heute ...

Das Jahrbuch der Buchkunst



Vertrieb: Hans Bohm

der Weiserplatte, die durch einen früheren Beschluß des Völkerbundrats der polnischen Regierung als Munitionslagerplatz zur Verfügung gestellt worden ist. Diese Fragen sind in Genf nicht durch Ratsbeschlüsse erledigt worden. In der Memelbeschwerte einigen sich die Vertreter des Deutschen Reiches mit dem litauischen Ministerpräsidenten dahin, daß dieser eine feierliche Erklärung vor dem Rat abgab, worauf Deutschland auf die weitere Behandlung der Beschwerde in dieser Ratssitzung verzichtete. Die Frage der Weiserplatte wurde auf die Septembertagung des Rats verschoben.

Der Ausgang dieser beiden Streitfragen muß, auch wenn eine zeitliche Klärung nicht herbeigeführt worden ist, doch als befriedigend bezeichnet werden. Dies gilt insbesondere von der Memelbeschwerte. Denn kein Ratsbeschuß hätte mehr erreichen können, als der der litauischen Ministerpräsident Wolbomars in feierlicher Form versprochen: die Neuwahl für den memelländischen Landtag bis zum September durchzuführen, an der Derantwortlichkeit des Direktors des Memellandes gegenüber dem Landtag festzuhalten und alle Rechte der juristischen und natürlichen Personen im Memelland zu achten. Gewiß muß abgemerkt werden, welche Folgen der litauischen Regierung dieser Verprechungen folgen, und es hat einen äußerst ungünstigen Eindruck erweckt, daß eine jubelnde Zensur im Memelland selbst der Bevölkerung den Wortlaut der Erklärung ihres eigenen Ministerpräsidenten oozenthalten hat. Wolbomars, der zweifellos für seine Person den guten Willen hat, die deutsch-litauischen Beziehungen zu heben, wird hier gegen kurzfristigen Chauvinismus im eigenen Lande zu kämpfen haben.

Daß die kurz vor der Ratssitzung erst eingebrachte Danziger Klage wegen der Weiserplatte materiell erledigt werden würde, war kaum zu erwarten. Dem geschäftigen und energischen Auftreten des deutschen Außenministers ist es aber gelungen, wenigstens eine Aussprache hierüber durchzuführen, bei der der Vertreter Danzigs Gelegenheit hatte, auch die grundsätzlichen Bedenken gegen das polnische Munitionslager vorzubringen. Nach ist festgestellt worden, daß die Ansprüche Danzigs auf sein uneingeschränktes Kontrollrecht über diesen Teil Danzigs Gebietes dadurch nicht beeinträchtigt werden, daß es diese Kontrolle bis zur Erledigung der Frage durch den Rat nicht ausüben kann.

Das Ergebnis der 10. internationalen Arbeitskonferenz.

Die diesjährige internationale Arbeitskonferenz in Genf (25. Mai bis 16. Juni) hatte folgende drei Fragen zu verhandeln: 1. Krankenversicherung, 2. Methoden zur Feststellung von Minimallöhnen in ihren Anbühren, in denen die Organisation der Unternehmer und Arbeiter unmöglich ist und die Löhne ausnahmsweise niedrig sind, und 3. die Koalitionsfreiheit. An der Konferenz nahmen 43 Länder mit 124 Delegierten und 106 Sachverständigen teil. Deutschland war durch 30 ständige, Delegierte und Sachverständige vertreten. Für Punkt 2 und 3 der Tagesordnung wurde zum erstenmal ein neues Verhandlungsverfahren angewandt, das auf der 8. Tagung als „System der zweimaligen Beratungen“ beschloffen wurde. Diese Methode besteht in zwei Beratungen von verschiedener Bedeutung und mit verschiedenen Zwecken. In der ersten Beratung wird der Inhalt eines künftigen Abkommens über eine bestimmte Frage umfassen die Konferenz entscheidet, dabei mit Zustimmung der Mehrheit, ab die Frage auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz gebracht werden soll, und sie — nicht mehr früher als internationale Arbeitsamt — bestimmt die Formulierung eines Fragebogens, der den Regierungen vor der zweiten, endgültigen Beratung vorgelegt werden muß. Auf Grund der Antworten berätet das Internationale Arbeitsamt hierauf die Entwürfe von Abkommen oder Vorschlägen vor, die dann in der nächsten Konferenz Gegenstand einer zweiten Beratung sind. Diese Methode der doppelten Diskussion sieht somit eine erste Beratung als Generaldebatte und eine zweite Beratung als Erörterdebatte vor.

Die Beratungen über Punkt 1 der Tagesordnung, die Krankenversicherung, sind reibungslos verlaufen. Das Internationale Arbeitsamt hatte als Grundlage hierfür eine 294 Seiten fahrende Berichterstattung, die der Antwort der Regierungen auf den Fragebogen des Internationalen Arbeitsamtes entlehnt und eine Übersicht über den Stand der Krankenversicherung in den verschiedenen Ländern gab. Die Konferenz hatte sich vor allem

darüber schließend zu werden, ob ihre Empfehlung den Grundgedanken der Zwangsversicherung enthalten sollte oder nicht. Von den Regierungen, die auf die Fragen des Internationalen Arbeitsamtes geantwortet hatten, hatten sich rund drei Viertel für die Zwangsversicherung ausgesprochen. Zu ihrem Gunsten wurde ausgeführt, daß der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer unter moderner Verhältnissen die Gesamtheit angehe und daß die Erfahrung gelehrt habe, daß bei Aufrechterhaltung der freiwilligen Versicherung nur eine Minderheit der Versicherungsberechtigten sich versichern lasse, und zwar selbst dann nicht mehr, wenn aus öffentlichen Mitteln Zufußhilfe geleistet würden. Die Pflichtversicherung ist daher das einzige wirksame Mittel zum Schutze der arbeitenden Bevölkerung gegen Krankheitsfolgen, und nur eine Verpflichtung der Mitgliedsstaaten der internationalen Arbeitsorganisation zur Einführung der Zwangsversicherung biete die Gewähr für eine allgemeine und einheitliche Durchführung. Die Mehrzahl der Regierungen trat in ihrer Beantwortung des Fragebogens auch dafür ein, daß die zu schaffende Zwangsversicherung alle Arten von Betrieben und Dienstleistungen umfasse. Die internationale Arbeitskonferenz hat sich dieser Stellungnahme der Regierungen angeschlossen. Mit 95 Stimmen hat sie den Entwurf einer Empfehlung angenommen, der in 18 Artikeln die allgemeinen Grundzüge für die Krankenversicherung umfaßt. Mit 73 gegen 15 Stimmen nahm sie den ersten Artikel an, der die Zwangsversicherung vorschreibt.

Bei den Beratungen über die endgültige Formulierung des Fragebogens über die Koalitionsfreiheit ergaben sich Gegenstände zwischen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppe namentlich mit Bezug auf die Formulierung der Forderung, daß auch die Freiheit eines Arbeiters, sich einer Gewerkschaft nicht anzuschließen, geschützt werden solle. Die Arbeitnehmergruppe beantragte, die diesbezügliche Frage aus dem Fragebogen zu streichen, und als ihr Antrag abgelehnt wurde, stimmte sie, gleichfalls wiederum geschlossen, gegen den ganzen Entwurf. Auch gegen die Verschiebung der Beratung auf die nächste Arbeitskonferenz hatten sich die Arbeitnehmer ausgesprochen. Die Verschiebung der Beratungen auf die nächste Arbeitskonferenz wurde hierauf mit 66 gegen 25 Stimmen abgelehnt. Dieses Scheitern der Verhandlungen über die Koalitionsfreiheit ist um so bedeutsamer, da der Grundgedanke der Koalitionsfreiheit bereits in der Sitzung der internationalen Arbeitsorganisation (Teil XIII des Versailles Vertrages) anerkannt ist und überdies für die internationale Arbeitsorganisation auch verfassungsmäßige Bedeutung hat. Die Delegierten zu den Arbeitskonferenzen, von denen jeder Staat vier entsenden kann, sind zur Hälfte in Übereinstimmung mit den maßgebenden Organisationen der Arbeitgeber bzw. der Arbeitnehmer ihres Landes von den Regierungen zu bestimmen. Ebenso sind im Verwaltungsvertrag der sich aus 24 Mitgliedsstaaten zusammensetzt die Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit je 6 Mitgliedern vertreten. Um ein reibungsloses Wirken der internationalen Arbeitsorganisation zu gewährleisten, wäre es daher unbedingt erforderlich, daß Berufsorganisationen nach internationalem Rechte bestehen und gleichfalls nach solchem Rechte ihre Tätigkeit frei entfalten können.

Ebenso wie der erste Punkt der Tagesordnung war auch der dritte, die Formulierung eines Fragebogens betr. die Fest-

setzung von Mindestlöhnen, auf eine im Versailles Vertrag geforderte Forderung zurückzuführen. Danach soll den Arbeitern die Bezahlung eines Lohnes gesichert werden, der ihnen eine nach der Auffassung ihrer Zeit und ihres Landes angemessene Lebensführung ermöglicht.“ Auf Antrag der britischen Regierung wurde diese Forderung in etwas veränderter Fassung unter dem Wortlaut: „Die Festsetzung von Mindestlöhnen in Gewerbebezügen mit ungenügender Organisation der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, und mit außerordentlich niedrigen Löhnen unter besonderer Berücksichtigung der Heimarbeiter“ verhandelt. Ein von einem deutschen Unternehmervertreter mit Unterstützung eines Regierungsvertreters eingebrachter Antrag, den Fragebogen auf die Heimarbeiter zu beschränken, wurde mit 61 gegen 34 Stimmen abgelehnt.

Die Konferenz hat sich auch mit den deutschen Anträgen zu 2 Sprachenfrage befaßt. Der Verwaltungsvertrag des Internationalen Arbeitsamtes hat kurz vor Eröffnung der Tagung beschloffen, für die deutsche Sprache gewisse Erleichterungen während der Verhandlung und der Konferenz zu empfehlen, von den Abkommensentwürfen und Empfehlungen auf Verlangen der be-

PETRARCA ÜBER DEN UMGANG MIT BÜCHERN



CH HABE FREUNDE, DEREN GESELLSCHAFT MIR SEHR WERT IST. SIE STAMMEN AUS ALLEN ZEITEN UND LÄNDERN, GROSSE EHREN HAT IHNEN IHRE GELEHRSAMKEIT eingebracht. Dabei ist es leicht, mit ihnen zu verkehren, denn sie stehen mir immer zu Diensten, immer sind sie bereit, die Fragen zu beantworten, die ich ihnen stelle. Die einen berichten mir von den Geschicknissen vergangener Tage, die andern entschließen mir die Geheimnisse der Natur. Von diesem lernen ich, wie ich zu leben, von jenen, wie ich zu sterben habe. Manche erheben meinen Sinn durch Musterlehre und scheuchen meine Sorgen hinweg. Andere geben meinem Geiste Kraft und lehren mich das Wichtigste, den Würstchen zu gebieten und ganz auf eigenen Willen zu stehen, kann, sie öffnen mir die Tore zu allen Klärten und Füllnissen, auf ihre Belehren kann ich mich in allen Plätzen und Zeiten zu nutzen, ganz in irgendeiner Ecke meines bescheidenen Hauses.

teiligen Regierungen eine offizielle Übersetzung herzustellen, die von den betreffenden Ländern für die Anwendung der betreffenden Übereinkommen als allein maßgebend zugrunde gelegt werde. Ein diesbezüglicher Antrag wurde auf die Bestimmung des deutschen Delegierten hin von der Konferenz angenommen. Damit ist ein bedeutender Schritt auf dem Wege zur Anerkennung der völligen Gleichberechtigung der deutschen Sprache innerhalb der internationalen Arbeitsorganisation erreicht.

Abgeschlossen kann man sagen, daß auch die 10. internationale Arbeitskonferenz ebenso wie ihre Vorgängerinnen für die soziale Verbesserung der Welt und damit für die Förderung des Völkerverständnisses brauchbare Arbeit geleistet hat.

Dr. H. R.

England, Rußland und die Welt.

In die schon absehbar nicht eben einfache Weltlage hat die scharfe Kritik Englands gegen Rußland eine neue Verzweiflung hineingebracht. So ist mit Recht der Abbruch der diplomatischen Beziehungen von Seiten Großbritanniens und die Kündigung des englisch-russischen Handelsvertrages vom Jahr 1921 überall verhanden worden, als eine Sache, die nicht nur England und Rußland angeht, sondern die auf die Weltlage übergreift, die insbesondere auch Deutschland erheblich betrifft.

Der Bruch ist unerwartet gekommen, in einem Zeitpunkt, in dem die öffentliche Meisung in China sich gegen Rußland, doch wieder hopen konnte, die Dinge im fernem Osten zu seinen Gunsten zu wenden. Auch sonst ist die Situation für England in der Welt im Augenblick nicht allzu kritisch: Indien ist ruhig und Ägypten scheidet man nicht mehr, seitdem sich bewiesen hat, daß es im letzten Moment immer wieder einsinken wird. Man sieht daraus — und diese Feststellung ist ja im „Heimatsdienst“ bereits gemacht worden —, daß das englische Vorgehen in erster Linie innenpolitisch zu verstehen ist. England wünschte Ausschärfung seiner kommunistischen Ziele, die man von der internationalen Sowjetunion desüßigt und befristet glaubte. Genau, der Kommunismus ist heute in England noch keine Macht, aber er ferner eine werden, wenn die destruktiven Schichten des englischen Volkes, das gerade in England überaus starke Lumpenproletariat, sich um ihn gruppierten. Und da vor dem Anmarsch dieses fünften Standes alle anderen englischen Stände hüllische Angst haben, nicht zum wenigsten die gehobene Arbeiterschaft, so ist der Kampf der konservativen Regierung gegen den Kommunismus weit populärer, als das ein sündlicher Blick in die linksgerichtete Presse Englands erkennen läßt. Im Grunde billigen nicht nur die Liberalen, sondern auch weite Teile der Arbeiterpartei jede Aktion gegen den Kommunismus. Man hat in diesen Kreisen auch gar nicht prinzipiell das Vorgehen der Regierung verurteilt, sondern hat nur die augenblickliche Opportunität in Zweifel gezogen, daß den Bruch für über-eilt erklärt.

Die Regierung glaubte ihn, soweit die Wirtschaft in Frage kommt, ruhig wagen zu können. Der Handelsverkehr mit Rußland spielt für England eine sehr viel geringere Rolle als für die Sowjetunion. Wenn sich auch die englische Ausfuhr nach Rußland gehoben hat, so ist sie doch im Gesamtexport noch immer von sehr bescheidener Bedeutung. Dagegen gingen im letzten Wirtschaftsjahr 2 v. E. der russischen Ausfuhr nach England, vorzugsweise Korn und Flach, Holz und Erdöl. In Zahlen betrug diese Ausfuhr 112 Millionen Rubel gegen 82 Millionen Rubel Ausfuhr nach Deutschland und nur 6 Millionen nach den Vereinigten Staaten. Nun hat zwar die englische Regierung feierlich verkündet, daß die Handelsbeziehungen unter dem Bruch nicht leiden sollten, da aber Rußland bereits in einer solchen Höhe englische Schiffe das Anlaufen in russischen Häfen verboten hat, so ist es auszumachen, daß sich diese Erwartung erfüllt. Außerdem ist ja durch die Kündigung der Handelsvertrages die Basis für die ökonomischen Beziehungen geschwunden. Rußland wird damit zweifellos in arge Schwierigkeiten kommen, denn es findet zwar für den heute auf dem Weltmarkt diebelegten Flach was wahrscheinlich anderswo Absatz, auch vielleicht für seinen Weizen, aber nur schwer für sein Holz und sein Petroleum. Auch das Kreditproblem ist hier wichtig. Ein Kredit der Midland-Bank in Höhe von zehn Millionen Pfund war im Zeitpunkt, da die Beziehungen abgebrochen wurden, gerade perfekt. Und es ist nicht zu erwarten, daß dieser Kredit zurückbezogen wird, so werden sicher weitere Kredite zunächst hinfällig, schon weil England nicht wünschen kann, daß die Abhängigkeit, in die jeder Kreditgeber vom Kreditnehmer gelangt, sich jetzt Rußland gegenüber auswirkt.

Das alles wird den Aufbau Rußlands wesentlich hemmen und wird diejenigen Gruppen in der Sowjetunion, die mit der kapitalistischen Welt in engeren Verkehr treten wollen, zugunsten der Internationisten schwächen. Es geht schließlich auch ohne das Aus-laud, nur daß man die russische Wirtschaft primärzielant, daß für Rußland noch mehr als bisher für den Weltmarkt ausfällt. Auch wird durch solche Selbstisolierung das rote Regime nicht gekürzt, im Gegenteil, es verbohrt und verfestigt sich immer mehr, was ja auch deutlich schon an dem Wiederaufkommen des Terrorismus zu sehen ist. Es ist nicht richtig, diese Erschließungen allein aus der partischen

Angst des Bolschewismus vor einer Gegenrevolution zu erklären, sie sind mindestens ebenso sehr Ausdruck für die neuerwachte Tendenz, von allem weltlichen Eumzug abzurücken. Man hat diese Erschließungen als staatlich gebrandmarkt, und sie sind es auch sicher von einem europäischen Standpunkt, aber das Rußland, das nur Hohn gehobt hat für ähnliche Dorkstellungen in der Uete Simlans, befinnt sich eben überhaupt auf seine staatliche Seite. Damit aber wird der Druck nach Aßen hin zunehmen. Rußland wird insbesondere versuchen, den Schlag, den es durch die Verlager der Kuomintang erlitten hat, dadurch auszugleichen, daß es nun, doch die immer von der Opposition empfohlene direkte Aktion, also die Gründung von Arbeiter- und Bauernsowjets, in den Vordergrund stellt. Wieweit das von Erfolg sein wird, ist schwer zu sagen, jedenfalls aber wird es England in erneute Unruhe in China führen.

Hier sieht man schon die möglichen Rückwirkungen des Bruchs auf die internationale Lage. Denken wir nun aber an Deutschland, so werden diese Wirkungen noch viel klarer. Zieht sich Rußland aus der Welt zurück, so ist sich gewiß, so leidet natürlich auch Deutschland, das sich schon in einer wirtschaftliche Vermittlerrolle zwischen der kapitalistischen Welt und Rußland eingeht hatte, außerordentlich. Innerhalb wird dies Ergebnis im Kauf der Entlopfung eintreten, da zunächst Deutschland dadurch einen gewissen Vorteil haben wird, daß ihm eigentlich für England bestimmte Aufträge zugeweiht werden. Im Augenblick trifft für Deutschland ein anderes Problem in den Vordergrund, die schlechte Position, in die es zwischen Kocarno und Rapallo gerät. Deutschland hat sich so r Kocarno den Rücken gekehrt, aber, was das heißt, bedeutet, die Entente hat mit dem Rapallo-Deutschland den Kocarnovertrag geschlossen. Indem aber die Entente so handelt, hat sie sich föhligweise darauf verurteilt, die Welt in zwei Lager zu teilen, in ein antibolschewistisches und ein bolschewistisches. Deutschland, in Freundschaft mit Rußland verfallen, wurde auch zur Entente in ein Freundschaftsverhältnis gebracht, und es wurde damit weder zur bolschewistischen front ge-kehren, noch auch wurde mit ihm verlangt, das Verhältnis zu Rußland abzulösen. Diese Paß des Kocarnovertrages hat England durch seine Aktion zerlassen, es ist föhliglich nicht in der Absicht aber, im Ergebnis, die antibolschewistische front misser-gegründet, die zur Zeit der Intentionensabenteuer der weigen Generale gelang. Daraus ergibt sich, daß sich bei der heutigen Verfestigung der Welt überhaupt kein Staat, und sei er auch so mächtig wie Eng-land, solche schwerwiegende Aktion allein von sich aus, ohne Zusammenhang mit seinen Vertragspartnern leisten kann. Es gibt in solchen Fällen praktisch keine Einpaktion, denn jede Handlung wirkt sich sofort auf die Weltlage aus.

Wie wollen gewiß Kocarno nicht ausgeben, aber ebensowenig kann man aussummen, Rapallo zu entlassen, schon deswegen, nicht weil ungewißheit herrscht, daß jedes nichtbolschewistische Rußland, sei es monarchistisch oder republikanisch, auspolitisch schlechter für uns ist als das bolschewistische. Es wäre ein Rußland von Gnaden der Entente, genau wie Kerenski von Gnaden der Entente war.

Eoglich wäre in dieser Lage, daß Deutschland seine Mittlerstellung zwischen Kocarno und Rapallo zur freundschaftlichen Vermittlung zwischen England und Rußland benutze. Aber Deutschland ist noch nicht stark genug, dies zu tun. Der Stärke vermag einen Streit als Dritter beizulegen, der Schwäche fehlt sich dabei zwischen zwei Stülke. So müßte also Frankreich, das bis bisher noch nicht hat in Englands Gefolgschaft ziehen lassen, und das ein höheres Interesse an Kocarno hat als England, die Vermittlung übernehmen. Wird Frankreich seine Stunde erkennen? Die letzte Rede Poincarés in Kuno-Wille spricht nicht dafür.

Adolf Grabowsky.

Die siegende Zigarette.

Im Jahre 1926 sind in Deutschland etwa 55 Milliarden Zigaretten hergestellt und geraucht worden!

Man erzählt, daß Franz II. von Frankreich von seinem Gesandten am portugiesischen Hofe, Jean Nicot, die erste Tabakpflanze erhalten habe. Wir schätzen, daß vor dieser „Hoffähigkeit“ die spanische Goldkiste zur Verwertung des Tabakrauchens schon einiges getan hatten. Das Tabakrauchen ist ein wenigstens seit dem sechsten Jahrhundert hinein als sittembildig. Das Recht, auf der Straße frei rauchen zu dürfen, war eine der revolutionären Forderungen von 1848. . . .

Im Jahre 1862 wurde in Dresden unter der Firma K a s e r e die erste Zigarettenfabrik gegründet, es war die filiale einer gleichartigen russischen Fabrik in St. Petersburg. Im Jahre 1887 wurden 49 maschinelle und 9 mit Kraftbetrieb ausgestattete Zigarettenbetriebe gezählt, sie beschäftigten 986 und 712 Personen.

Im Jahre 1926 ging es in der deutschen Zigarettenindustrie, was die Zahl der Betriebe und von deren Beschäftigten anbelangt, nach aufwärts, der Verbrauch wuchs aber noch schneller; die Maschine gibt alles aus, sie frisst bei jedem Wettaufen.

Die höchste Zahl der handarbeitlichen, maschinellen Betriebe der Zigarettenindustrie hatten wir in den Jahren 1910 bis 1916 — es waren während dieser Zeit 190 bis 290 Betriebe mit 1000 bis 2900

befähigten Personen vorhanden. Aber die 16 Maschinenbetriebe, die 1890 vorhanden waren, befähigten schon damals über 1000 Personen!

Im Jahre 1916, dem großen Zigarettenjahr des Weltkrieges, wurden in rund 260 Maschinenbetrieben der Zigarettenindustrie etwa 25 000 Personen (fast sämtlich Frauen und Mädchen) beschäftigt!

Im Jahre 1924 hatten wir über 500 mit Kraftbetrieb eingerichtete Zigarettenfabriken, sie beschäftigten aber auch nur rund 25 000 Personen.

Im letzten Jahre vor dem Kriege wurden rund 13 Milliarden Zigaretten produziert. Diese Zahl liegt in dem schon erwähnten Hochkonjunkturjahre — 1916 — auf über 27 Milliarden Stück! Ein Jahr nach dem Kriege — 1919 — wurden nur knapp 19 Milliarden Zigaretten erzeugt, im Jahre 1924 rund 23 Milliarden.

Ein Vergleich der Zahlen von 1916 und 1924 beweist, was sich in der Zigarettenindustrie in der Inflationszeit entwickelt hatte: die Aberrundung der Industrie.

Selbster befindet sich die deutsche Zigarettenindustrie in einem erstaunlichen inneren Umbildungsprozeß. Die Maschinenbetriebe sind nun bis zum Jahre 1926 auf rund hundert zusammengeschmolzen, von ihnen ist selber ein erheblicher Teil stillgelegt worden. Man spricht davon, daß zur Zeit in Deutschland nur noch 20 Betriebe existieren, die für die Zigarettenproduktion ernsthaft in Frage kommen. Zwischen diesen Betrieben, die zu bedeutungsvollen Konzernen zusammengewachsen sind, geht es jetzt um den Auswahlschlachtungskampf. Er wird mit allen Mitteln großkapitalistischer Erfahrung geführt.

Zu beachten ist, daß die Zigarettenindustrie ausschließlich auf ausländisches Material angewiesen ist, in erster Linie auf die orientalischen Tabake, in zweiter Linie auf die Virginiantabake. Wir haben in Deutschland zwar rund 100 000 „Labakauern“, aber weder die „Größe“ ihrer Pflanzungen — meist unter 100 qm —, noch die „Güte“ des Tabaks vermag der Zigarettenindustrie irgendetwas zu nützen.

Der Zigarettenverbrauch ist fortgesetzt weiter in starker Entwicklung.

Wie oben erwähnt, wurden 1924 rund 25 Milliarden Zigaretten hergestellt, 1925 waren es schon 30 Milliarden, 1926 sind es über 35 Milliarden geworden.

Die Entwicklung zu Zigarettenfabrikations-Größbetrieben hat dazu geführt, daß der Produktionsapparat in der Zigarettenindustrie in seiner Leistungsfähigkeit nach wie vor dem Zigarettenverbrauch vorauseilt.

Die Vandorensteuer wird den Zigarettenbetrieben rund 1/3 Monate, die Materialsteuer sogar 6 Monate gestundet. Wie bei den Beratungen der Industrieakademie offen festgestellt worden ist, bedeutet diese lange Stundung für viele Zigarettenbetriebe praktisch die Bewahrung ihres umlaufenden Betriebskapitals aus Steuermitteln.

Zu beachten ist hier, daß die Illinlaufzeit des Kapitals in der Zigarettenindustrie viel kürzer ist als die Frist der Steuerzahlung.

Wie das Reichsfinanzministerium im Reichstage mitgeteilt hat, läßt die eigenartige Entwicklung der Verhältnisse in der Zigarettenindustrie dazu, daß das Reich heute einige 100 Millionen Zigarettensteuern als Außenstände zu führen gezwungen ist. Durch den Schrumpfungsprozeß in der Zigarettenindustrie sind dem Reiche sogar erhebliche Steuererfälle — amtlich wurden 90 Millionen Mark angegeben — entfallen.

Im Jahre 1915 wurden aus der gesamten Tabaksteuer 186 Millionen Mark Reichseinnahme erzielt, 1925/1926 waren es dagegen 616 Millionen Mark. Für 1926/1927 sind im Haushaltsplan 700 Millionen Mark eingelegt worden. Die Zigarette trägt von diesem Steueraufkommen etwa zwei Drittel, obwohl sie nur 55 Millionen kg Tabak verbraucht, während die Zigarettenindustrie etwa 45 Millionen und die Rauchtobakindustrie rund 45 Millionen kg Tabak verarbeitet.

Zu beachten ist, daß die Tabaksteuer zu den auf Grund des Dawesgutachtens mitverpändeten Steuern gehört.

Das Beamtenheimstättengesetz.

Zuf Vorleschlag des Heimstättenamts der deutschen Beamenschaft hat die Reichsregierung dem Reichstag ein Beamtenheimstättengesetz unter dem Namen „Gesetz über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau“ vorgelegt. Durch den Gesetzentwurf wird allen öffentlichen Beamten und Lehrern des Reichs, der Länder und der Gemeinden die Möglichkeit gegeben, ihre Ansprüche auf die künftig fälligen Dienstbezüge, die doch heute schon einen Vermögenswert darstellen, wertschöpfend zu verwerten, daß diese Ansprüche die Eigenschaften der Sicherheiten für Darlehne erhalten können. Abtretungen von Dienstbezügen auf Grund des Gesetzes dürfen nur der Be-

schaffung von Wohnheimstätten oder von Grundstücken, auf denen Wohnheimstätten errichtet werden sollen, dienen.

Durch den Gesetzentwurf wird der Heimstätten-Spargedanke zum erstenmal auf gesetzlich gesicherte Grundlage gestellt. Wenn die Sparrätigkeit zur Errichtung neuer Wohnungen einsetzt, dann müßte der einzelne lange warten, ehe er das notwendige Kapital für die Heimstätte sich zusammengeparbt hat. Ein Zusammenstoß aller Beamten, die sich eine Heimstätte wünschen, gibt bei Anwendung des Beamtenheimstättengesetzes dem einzelnen Beamten die Möglichkeit, fröhlichzeitig zu seinem Ziele zu kommen. Der Beamte kann bei der Abtretung der Gesetzentwürfe verpflichtet sein, er ihm dies freiwillig überlassen, 10, 20, 30 % etc. zu tun, so wie er selbst die Höhe festsetzt, abzutreten. Diese Beträge werden für den Beamten gespart, und zwar mit Zins und Zinseszins. Der Beamte gibt wiederum selbständig eine bestimmte Grenze der Sparrate an: 5, 10, 15 oder 20 Jahre. Spart er beispielsweise monatlich 17 M., dann erhält er bei 3 1/2 % v. Z. Zins und Zinseszins nach 15 Jahren 4000 M. zu seiner vollständig freien Verfügung. Also nicht nur zum Zwecke der Errichtung einer Heimstätte. Das Geld ist dann sein freies Vermögen, das er ausgenutzt erhält. Vor Ablauf der Zeit, und zwar schon vom ersten Jahre an, werden alle eingehenden Abtretungsbeträge berart verlegt, daß beispielsweise der Beamte, der 15 Jahre 17 M. monatlich spart, schon im sechsten, zweiten, dritten Jahre und so fort, je nachdem es das Los entscheidet, 4000 M. Heimstättenbarlen gegen nur 4 1/2 % Zinseszins erhalten kann. Der Beamte nicht ausgelagerte Beamte erhält am Ende der Sparrate das Geld. Wenn immer ausgelagert, würde der Beamte nach 15 Jahren seine Sparrate mehr zu zahlen haben und ebenfalls seine Zinsenbeträge für das Darlehen. Das Darlehen wäre nach dieser Zeit durch seine Sparrate vollkommen getilgt.

Zuher dem Sparratrag ist eine kleine Verhörsgebühre zu zahlen, die dazu dient, falls der Beamte während der Sparrate für eine Fünftelchen zu schätzen. Die Witwe oder sonstigen Hinterbliebenen haben keine Sparrate zu zahlen und erhalten dieselben Rechte und Vorteile wie die Beamten, also im vorliegenden Beispiel die 4000 M., als eigenes Kapital zum Sparbarlehen ausgezahlt.

Da die gesetzlichen Abtretungen eine ganz besondere Sicherheit bieten, so kann — und das ist sehr wesentlich — das Darlehen als nachlässige Hypothek, also auch als Reihbaugel oder Reihbaugel bereitgestellt werden. Gerade dieses Geld fehlt dem Beamten, für sein eigenes Vermögen hat, heute, so daß er keine Heimstätten errichten kann. Nach dem Abschluß von Dienstvertrag und Arbeitsverhältnis zur Verfügung gestellt werden, so wird durch diese eine gewisse Summe als letztes Geld verlangt, und dieses letzte Geld soll, soweit notwendig, durch unser Sparbarlehen gegeben werden.

Die Herabgabe außer Sparbarlehen, immer notwendig, als Reihbaugel oder als Restkaufgel, ist ein früherer Vorgang des Verlehenes, der nur durch das zu erwartende Geld ermöglicht wird. Keine andere Bauparrafte darf dies tun, ohne die Sicherheit der hinterlegten Gelder aller Sparrer zu gefährden.

Die Abtretungen eine sichere Einnahme bedeuten, Reich, Staat und Gemeinden können für die Abtretungen, so wird es jedem Sparrer möglich sein, gegen Sicherstellung der Abtretungen auch auf dem freien Markt die notwendigen Baugelbe (also ohne Verlosung) zu verschaffen. Dann natürlich gegen einen höheren Zinsfuß, der auf dem öffentlichen Markt üblich ist.

Der Gesetzentwurf der Reichsregierung ist am 18. Juni mit einigen Änderungen vom Reichstag mit überaus großer Mehrheit angenommen worden. Außer den Regierungsparteien stimmten geschlossen die Deutsch-demokratische Partei und die S. P. D. für den Gesetzentwurf. Am 23. Juni nahm der Reichstag den beschlossenen Gesetzentwurf an. Die wichtige Änderung, auf die darauf hin, daß durch das Zwangsparafersachen Darlehen nicht nur bei Errichtung oder bei Erwerb einer Heimstätte, sondern allgemein für Heimstätten gegeben werden, wenn die Darlehen durch Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden gesichert werden können, also auch Darlehen für Verbesserung von Heimstätten und zur Ablösung von bestehenden Hypotheken. Einen besonderen Hinweis enthält das Gesetz auf „Reichsheimstätten“. Es sieht dem Beamten frei, ohne hierzu verpflichtet zu sein, seine Heimstätte im Sinne des Reichsheimstättengesetzes vom 10. Mai 1920 als „Reichsheimstätte“ eintragen zu lassen. „Reichsheimstätten“ sind solche Heimstätten, die gesetzlich einen besonderen Schutz haben, und bei deren Errichtung ganz besondere finanzielle Vorteile vorgesehen sind. Aber die Ausweisung des Beamtenheimstättengesetzes unterrichtet das Heimstättenamt der deutschen Beamtenstoffe e. D. Berlin-Eichkamp, das von den Beamtenpflanzungsverkäufern zur Förderung der Beamtenheimstättenbeteiligungen gegründet worden ist, und das beim Zustandekommen des Gesetzes wesentlich mitgewirkt hat. Zu Kürze sind die Ausführungsbestimmungen und Richtlinien zum Beamtenheimstättenausgleich vom Reichsparbeitsministerium zu erwarten.

Johannes Kuban,

Kaiser d. s. Heimstättenamts der deutschen Beamtenstoffe e. D.

Südsteiermark in Wort und Bild.

Von Hermann Kienzi, Berlin.

Ein Eubäer hat lange Zeit die im Reich gesinteten Deutschen von allen Nationen unterworfen: sie wußten von der Volksangehörigkeit außerhalb ihrer Staatsgrenzen so gut wie nichts. Auch dann sogar nicht, wenn diese Angehörigen ihres eigenen Landes, wie man sie jetzt entfernen könnte wohl nennen darf, von geschichtlicher Sendung dazu ausersehen waren, in Jahrhunderten mit ihren immer wieder geopferten Keibern das Heim der Millionen Mehrheit zu bewahren. Während der Franzosen und Italiener jeben Kolonisten mit besonderer Zärtlichkeit in das Gefühl seiner Gemeinschaft einfließt.

Die allgemeinen Gedanken am grausamsten entzogen sind die Deutschen der Südböhmerei, 1918 von der Urheimat unter dem feierlichen Panzerkettler losgelöst und mit allem Gaud jüblich der Drau dem Südböhmerei überliefert. Sie, denen die alten Kultursäulen und sogar die Schulen ihrer Kinder entzogen wurden, wären heute für das deutsche Volkstum verloren, würden sie nicht selbst die einsame Flamme der Treue nähren.

Die lieblichen und gesegneten Weinberge der Südböhmerei und ihre bis zum Gallenrande des alten Österreich von feiner Erde des Regierens erfüllten Hügelchen Emporen Marburg, Gail, Pettau lebten schon in glücklichen Tagen ein gemütlich abgeklärtes Dasein, in das nur selten die Kameradschaft eines überläufigen Norddeutschen drang; jetzt scheinen sie das Kosos all derer zu teilen, die Freunde im Unglück vergebens suchen. . . .

Doch zur rechten Stunde ist (bereits vor einiger Zeit) im Verlag Ulrich Mosers zu Graz ein historisches Gedenkbuch „Silberstein“ erschienen. Was nun hier der Leser aus den vielen schätzbaren Geschichtskapiteln und den Biographien Unterklärter des „Südböhmerei“ Naches erfährt, ist nichts Geringeres, als: dieses stille Land südlich von der Drau war es vor allen deutschen Ländern, das seinen blutig gepögelten Körper selbstlos vor Deutschlands und Europas Sünden aufstellte; dieses Land war das Nachbar- und Grenzgebiet der Hunnen, Ungarn, Türken, Hebräiden und Karuzen; seine frommen Ader, seine der Krieges- und Erobererregier durchaus abgeneigten, aber auf ererbter Scholle bis zum Tode ausdauernden Bauer und Bürger haben die fremden Raubheeren immer wieder aus der verheerten Heimat getrieben und lähnen — wie oft! — den Weg gestreut nach dem deutschen Tode.

Der Bürgerkrieg und das Jugendumder Kandesöhne schufen in den Atemphasen der Ruhe blühende südböhmerei Städte, Kunst- und Kulturdenkmäler und verbreiteten deutschen Geist allmählich nach dem slavischen Osten und Süden. Die sich gegen Harn und Halbesetts Diktatorien, fand, als die Dose der Skonnen höher und höher braute, die deutsche Südböhmerei gegen den Panzernismus. Das Land und das Volk hatten einen dauernden Gewinn. Sie waren Deutschlands eigentliche Heimat. Darf es Deutschland vergeßen?

Das Buch „Südböhmerei“, 412 Seiten in Quartformat, geschmückt mit zahlreichen Bildern entzündender Landeshöfen, alter Städte und Burgen, prähistorischer Funde und kunstgeschichtlicher Werte sowie mit den Bildnissen großer Söhne des Landes, ist von Franz Hausmann herausgegeben, mit dem gemeinsam eine Fülle von feierlichen Gedenkreden und Künstlern die selbständigen Kapitel schreiben. Der Text, nach Jahrtausenden in die Befriedelungen der Bronzezeit zurückgreifend, dann die römische Provinz Noricum, dann die byzantinische Befriedelung, dann das Ringen der Einzelheimen mit den Eindringlingen des Ostens und mit dem Säkularismus, und endlich die Kulturblüte jüngster Vergangenheit schildernd, verweilt auch bei der landschaftlichen, geographischen und geologischen Gliederung. Ein Panorama öffnet sich sehnsüchtigen Augen, das in der Großartigkeit seiner Gesinnung keine Feinsinnlichkeit hat. Südböhmerei reicht von den weißen Schrofen der Semntaler Alpen im Westen bis zur ungarischen Ebene. Es umfaßt gigantische Hochgebirge und sanfte Berge, die urwaldgrünen Gebirge des Bachers, die sonnig grünen Täler der Mur, der Drau und der Sann, vor allem aber den dichten Rebengarten der „Windisch-Bühnen“ und all des lachenden, welligen Hügelgeländes.

Wie geschaffen zum gesegneten Gedenken seiner friedliebenden Bewohner ist dieses Land, von dessen feierlicher Melancholie aus annehmlicher Weite der Dichter Rudolf Kienzi in seinem unterirdischen Roman „Deutsches Leid“ den späthäufigen Klang unterliefert.

Von den Menschen der Südböhmerei erzählt das Gedenkbuch. Von den ungeheuren Tatenfolgen, die allzumal fast einen persönlichen Charakter bilden: den der treuen Hingabe. Es sind auch große Helden unter ihnen, im ruhmwürdigen Bunde der Geschichte freilich kaum erwähnt; so der biedere Marburger Bürger Johann Georg Koberer, der, fast nur ein einziger unter vielen von der kaiserlichen Macht, am Ende des 17. Jahrhunderts die mehrfache glückliche Umkehr des Kärntnerkriegs durchführte. Wer unseren feierlichen Quellenforschern folgt, findet fast auf jedem Blatte sonderliche Gestalten, andersartig als die wohlbekannteren Typen der weiten Welt.

Und wir lernen auch hier den deutschen Genius bewundern, der in solcher Weltabgelegenheit gedieh und dem fernem großen Volke Dauerndes schenkte. Was hebt eine geistige Landschaft, wenn nicht das Geburtsrecht ihrer bedeutenden Söhne? Südböhmerei ist die Heimat des Komponisten Hugo Wolf (geboren im Südböhmerei Windischgar), der dem Kiede eine neue Weisungsart gab; es ist die Wiege der Dichter Ottomar Kernpod — des freien und deutschen katholischen Priesters — und Ernst Goll, des selbstamen, tiefbegabten Kyrifers, der mit 25 Jahren sein Leben freiwillig endete. Der große Philosoph Carmel, der den Darwinismus zur Grundlog seiner Ethik machte, ist in Marburg a. d. Drau geboren, ebenso der Maler Ferdinand Mallitsch, und hier auch der in Norddeutsche Land wohlbekannte Gelehrte, Johann Sigismund Pommitzsch. Den Marburger Wilhelm von Tegethoff, den Admiral, rühmt die Kriegsgeschichte als Sieger von Kissa; als ein Patriot, der Großdeutland liebte und an der Babstburger Politik verweigerte, ist er uns wert. Zur Kunstgeschichte des kleinen Landes gehört es auch, daß auf der bescheidenen Bühne des Marburger Stadttheaters zwei Künstler von nachmaligem Weltruf ihre ersten Korbeeren ernteten: Eudwig Henggegruber als Dramatiker und Joseph Kalnz als Schauspieler.

Das Buch „Südböhmerei“ ist dem Andenken an die deutschen Opfer des Marburger Bluttages geweiht. Es war am dem grauen Wintertage des 27. Januar 1919.

Die Südböhmerei hatten die von einheimischen Militär vollständig entblüdete deutsche Draufrost befehlt. Noch bei der Abmarschzeit im Jahre 1911 waren von Marburg 30 000 Einwohnern, trotz flamenfränkischen Hochdrucks der k. a. Regierung, 4736 deutsche Stimmen und nur 340 slowenische abgegeben worden. Jetzt aber wurden die deutschen Bürger wie schlechte Knechte von der slavischen Soldateska mißhandelt! Da kam am 27. Januar 1919 die amerikanische Kommission nach Marburg, um über den Nationalcharakter der Stadt zu entscheiden. Das Gericht von ihrer Ankunft ludte die Männer und Frauen Marburgs vor das Rathaus, und über der ganzen Stadt wogte von den Dächern ein schwarzgelbener Flagenwald. Gottes Güte zu geben galt es plötzlich — es war nicht Befehl, nicht Warnung vorausgesagtes — feuerte das slowenische Militär vom Rathaus her eine Kette von Salven in die Bürgergeister. Wer nicht in seinem Blute lag, der flüchtete. Zu den blindernden Kommissaren drangen ungehindert die slavischen Halbjuden. . . .

So wurde die größte Stadt der Südböhmerei slowenisch. Im Buch steht neben der Widmung des Herausgebers die des Dichters Ottomar Kernpod:

Steirischer Süden, du weinlaubumkränzter Garten der Schönheit, du sonnenbeglänzter Paradiesischer Himmelsfriede, Land meiner Kindheit, kurz nur befehesnes, Immer erlesenes, nimmer vergeßnes — Steirischer Süden, Gott grüße dich!



Halle Burg in Marburg

D. L. D. P H O T O B E D A R F

AUSSERST PREISWERT — GUTE ERFOLGE — BESTE ANERKENNUNGEN

D. L. D. Spezial-Platten

(30% unter Markenpreisen)

1 Dtz.	4 1/2 x 6	6 x 9	9 x 12	10 x 15	12 x 18
Mk.	— 50	1,15	1,90	2,70	3,70
Mk.	— 50	1,80	1,85	1,95	3,10

Platten in 1/2 Dtz. Packungen — 10 Pl. Aufschlag

D. L. D. Spezial-Filmapp

lichteffizient, farbenempfindlich (ex. 17% Scheiner)

4 1/2 x 6 6 x 9 8 x 10 9 x 12 10 x 15 12 x 18 1/2 13 x 18

12 Blatt:	1,80	2,40	3,20	3,50	4,80	6,00	7,05
6 Blatt:	1,05	1,55	1,90	2,05	2,95	3,65	3,90

Filmappes für 6 Aufnahmen können ohne Änderung der großen Filmapp-kassetten verwandt werden.

D. L. D. Spezial-Rollfilm

lichteffizient, farbenempfindlich (ex. 17% Scheiner)

6 Aufnahmen (4 x 2 1/2 = 9 Aufnahmen)

4 x 6 1/2 6 x 6 9 x 9 11 x 11 8 x 10 1/2 8 x 14

— 55	— 65	— 75	1,25	1,65	2, —
------	------	------	------	------	------

Alle Markenfabrikate zu Originalpreisen

D. L. D. Spezial-Chemikalien

Metal-Hydrochlorid-Katwickler:	1/2 Ltr.	2,40 Mk.
(konzentrierte Lösung)	— 40	— 55
Fluorsalz (sauer)	100 gr.	300 gr.
	— 40	— 60
	— 50	— 70
Schnellfixieralz	80 gr.	200 gr.
	— 30	— 60
	— 40	— 70
Tonfixieralz (goldhaltig)	80 gr.	100 gr.
	— 45	— 70
Tonfixierbad (goldhaltig)	1/2 Ltr.	1,55
(gebrauchsfertig)	— 40	— 50

Photo-Apparate und Bedarfsartikel aller führenden Firmen stets am Lager. Prospekte kostenlos.

B. L. D. Week-end-Kamera billig und gut. Illustrierter Prospekt kostenlos.

D. L. D. Spezial-Papier

(30% unter Markenpreisen)

Celluloid und Selbsttonend: gläsernd — matt — chamois sortierte und einzelne Farben: grau — blau — grün — orange
Galliecht: gläsernd — matt — chamois — weich — normal — hart

	Celluloid und Galliecht	Selbsttonend
20 Blatt 6 x 6	dünn — 40 Mk.	— 45 Mk.
	hart — 45	— 45
20 Blatt 6 x 9	dünn — 50	— 55
	hart — 55	— 55
20 Blatt 6 1/2 x 9	dünn — 50	— 55
	hart — 55	— 55
20 Blatt 8 x 10 1/2	dünn — 85	1,05
	hart — 95	1,05
10 Blatt 9 x 12	dünn — 65	— 75
	hart — 70	— 80
10 Blatt 10 x 15	dünn — 80	— 90
	hart — 90	— 100
10 Blatt 13 x 18	dünn — 1,10	1,30
	hart — 1,20	1,30
10 Stck. Postkarten	— 60	— 70
10 Stck. Postkarten mit Bittensrand	— 70	— 80

Alle Markenpapiere zu Originalpreisen

Photo-Paste in Tuben 30, 35 u. 30 Pf.

Photoalben in einfacher und vornehmster Ausstattung in großer Auswahl stets vorrätig. — Preisliste anfordern.

Photoarbeiten: wie Entwickeln, Kopieren, Vergrößern, werden bestens und preiswert in eigener Werkstatt ausgeführt. — Preisliste verlangen.

Versand nach außerhalb von Mk. 20,— an spezialfrei gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.

DEUTSCHER LICHTBILD DIENST G. M. H. H. H.

BERLIN W 35, POTSDAMER STRASSE 41 / POSTSCHECKKONTO BLN. 29798

Europäische Gespräche

Monatliche für auswärtige Politik

Herausgegeben von A. MENDELSSOHN BARTHOLDY

Halbjährlich Mk. 12,—

Europa bedeutet den mütterlichen Boden unserer Gedanken, Stimmen aus allen Lagern und Ländern kommen zu Gehör. Die wichtigsten Urkunden aus diplomatischen Verhandlungen und Korrespondenzen werden gesammelt und lebhaft bibliografiert. Kritische Besprechungen, eine Bibliographie zur auswärtigen Politik und Zeitfallen vervollständigen das wissenschaftliche Rüstzeug.

Dr. Walther Rothschild, Verlagsbuchhandlung Berlin-Grunewald.

die Bezugsgebühr

Hierdurch bitten wir unsere Abonnenten

für das 2. halbe Jahr des laufenden Jahres (Juli—Dezember) M. 2,50 u. 40 Pfg. für Porto baldmöglichst auf unser Postcheckkonto Berlin Nr. 78 995; zu überweisen

Zentralverlag G. m. b. H. Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

Eine Sprachlehre vollständig kostenlos!

Unsere weltberühmte Sprachlehre-Methode Toussaint-Langenscheidt bietet Ihnen Gelegenheit, in verhältnismäßig kurzer Zeit für das geringe Honorar von nur 2 M. im Monat jede wichtige fremde Sprache so gründlich zu erlernen, daß Sie in Ihrem Berufe usw. wirklichen Nutzen aus Ihren Kenntnissen ziehen können. Denken Sie einmal darüber nach: Wäre die Erlernung einer fremden Sprache nicht auch für Sie von großem Vorteil? Viele Tausende haben nach der glänzend bewährten Methode

Toussaint-Langenscheidt

gelernt und sich durch ihre Kenntnisse bedeutend verbessern können. Viele haben sich durch die Erwerbung von Sprachkenntnissen die Möglichkeit geschaffen, zu einem Berufe überzugehen, der ihnen höheres Einkommen und bedeutend größere Aussichten auf Vorwärtkommen bot. Versäumen Sie auf alle Fälle nicht, sich unseren Unterricht anzuhören. Teilen Sie uns auf dem nebenstehenden Abschnitt (als „Drucksache“ mit 5 Pfg. frankiert einsenden) mit, für welche Sprache Sie Interesse haben. Wir senden Ihnen dann eine Probelektion zu, portofrei, kostenlos u. ohne jede Verbindlichkeit für Sie. Zögern Sie nicht lange, schreiben Sie heute noch. Ist der Abschnitt bereits abgetrennt, so genügt eine Postkarte unter Bezugnahme auf diese Zeitung. *

Ich ersuche um Zusendung der in „Heimatsdienst“ angebotenen Probe-Lektion der

Spache, kostenlos, portofrei und unverbindlich.
Name: _____
614)
Ort u. Str. _____

HIER ABTRENNE!

108

Einführung in die Politik

von Dr. Wilhelm Ziegler

320 Seiten mit 46 Kartenbeigaben

Brosch. 8.— RM., Halbt. 10.— RM.



Kritik der Tagespresse:

„Ein modernes Buch, empfangen von Deutschen Herz und Gehör aus der Sorge um Deutschlands Zukunft. Der Anregung sucht, findet sie darin in Hülle und Fülle, und ein aus guten Quellen geschöpftes statistisches Material wird durch Zeichnungen und Karten wirksam veranschaulicht.“ Kölnische Zeitung.

„Gut angelegt, äußerst instruktiv geschrieben und wertvolles Werk.“ Bayerische Staatszeitung.

„Das Buch trägt seinen Titel mit Recht. Nicht nur der politisch interessierte Leser, sondern auch der berufsmäßige Politiker wird aus diesem Werke eine Fülle von Belehrungen und Anregungen schöpfen.“ Hamburger Fremdenblatt.

„Dieses Buch wird seinen Zweck machen. Denn wer eifrig in der Politik mitwirken und mitwirken will, muß es gelesen und studiert haben.“ Weisgauer Zeitung, Freiburg.

„... ist wie kein anderes geeignet, dem Volk der Interessierung des gesamten Volkes an der Politik näherzuführen.“ Leipziger Volkszeitung.

„Hier wird eine lebendige und anschauliche Schilderung, eine wertvolle Einführung in die praktische Politik der Gegenwart gegeben. Eine außerordentliche Fülle politischen Wissens wird geboten, die unterstützt wird durch ein reiches Kartenmaterial.“ Kleiner Zeitung.

„... ein Werk, das die Wege der Welt-politik mit modernen Gesichtspunkten klar und unter modernen Gesichtspunkten klar und deutlich aufzeigt.“ Oldenburgische Landesztg.

„Ein Denker mit einem durchführenden Herzen hat dieses Buch, das in jedem Maße geeignet ist, geschrieben.“ Neue holländische Landeszeitung.

„Das Werk sollte fleißig studiert werden, nicht nur auf Universitäten und Schulen, sondern auch von politisch tätigen Männern.“ Der Deutsche, Berlin.

„46 bezeichnende Kartenbeigaben, innig in den Text verwoben, vermitteln oft ganz verblüffende politische Erkenntnisse.“ Rheinisch-westfälische Landeszeitg.

„Der Preis des Buches ist angelegentlich der ausgezeichneten Ausstattung, die ihm der Verlag hat zuteil werden lassen, möglich und wird der Wirkung in die Breite und Tiefe unseres Volkes ungut kommen.“ Münchener Zeitung.

Stimmen führender Persönlichkeiten:

„Seinen bisherigen Verdiensten fügt Ziegler mit diesem vorzüglichen Werkchen ein neues zu. Schon die schätzbareste Mitwirkung des umfangreichen Stoffes verriet viel Fleiß und Arbeit. Die Sprache ist vollständig und einprägsam. Ein gutes Buch!“ Professor Dr. Helmolt in „Der Westen“.

„Zieglers Einführung in die Politik zeigt schon beim flüchtigen Blättern: hier lohnt es einige Stunden halt zu machen. Dieses Buch ist zeitgemäß und verdient einen leicht erreichbaren Platz am Schreibtisch.“

„Es ist ein Buch in dem der „Volkswirtschaftlichen Blättern“.

„Das neue Werk Zieglers muß als eine außerordentliche Leistung auf dem Gebiet der politischen Literatur betrachtet werden, in der man bisher vergeblich nach einem unerschöpflichen, auch dem nicht ausgebildeten Leser schätzbaren Überblick über das ungeheure Gebiet der Welt-politik suchte.“ M. Th. Straube in „Deutscher Spiegel“.

„Das Buch ist unentbehrlich für jeden, der die politische Praxis mit Aufmerksamkeit verfolgt und darin wirksam werden möchte. Das Buch gehört in jede Bibliothek.“

Dr. Emil Dobbsal in der Zeitschrift des Reichsverbandes der deutschen Presse.

„Es haben damit ein ausgezeichnetes Werk geschaffen, das zur Verbreitung politischer Bildung im deutschen Volk wesentlich mit beitragen wird.“

Gouverneur z. D. Dr. Schöne, M. d. N.

„Nach meiner Meinung hat Dr. Ziegler eine außerordentlich wertvolle und eine Stelle in der vorhandenen Literatur ausfüllende Arbeit vollbracht.“ Staatssekretär a. D. Universitätsprofessor Dr. August Müller, Berlin.

„Ich habe schon bei der allerersten flüchtigen Durchsicht gesehen, daß es höchstwertvoll sein müßte und habe mich sofort daran gemacht, es zu lesen. Ich weiß nicht, ob ich Ihnen etwas Angenehmes sage, wenn ich behaupte, daß es sich wie ein Roman lese — in dem Sinne wenigstens, daß man es nicht mehr aus der Hand legt, wenn man es einmal angefangen hat. Und ich gehe noch weiter und behaupte, daß es noch in einem anderen Punkt diesen Vergleich herausfordert — aber nur mit dem allerbesten Romanen —, man kann es nicht schließen, weil es in jedem Satz zum Nachdenken herausfordert.“ Staatssekretär a. D. Guberos, Wien.

Kritik der ausländ. Tagespresse:

„Bleibt ist kein Buch in der Fülle der politischen Literatur, die seit der Wahrung erschienen ist, so sehr gewirkt. Volkstum der Deutschen zu sein, als das von Dr. Wilhelm Ziegler. Es ist mehr als etwas nur eine überreichende Einführung in die Politik, es ist ein grandioser Bildungsakt der welt-politischen Sage, eine feine Analyse der Strömungen und Kräfte, die heute — völkisch und staatlich — den Erdball formen und gleichfalls unter Schicksal mitbestimmen.“ Neues Oesterreicher Tageblatt (Österreich).

„Diese Einführung in die Politik ist eine unvergleichliche Stoffsammlung und zugleich ein unübertreffliches Begleiter. Man muß das Buch öfters und mehrmals gelesen haben, um ganz zu erfassen, welche Fülle von politischem Sachwissen darin enthalten ist.“ Preussischer Zeitung (Tschschollowitz).

„Im es vorweg zu sagen: Das ist ein ausgezeichnetes Buch. Eine wertvolle Einführung in das praktische politische Leben der Gegenwart, die so lebendig und anschaulich geschrieben ist, daß der Leser davon gepackt wird und von dem Buch nicht eher wieder loskommt, als bis er es zu Grunde gelesen hat.“ Bayerischer Tageblatt (München).

Kritik der Fachpresse:

„Das Buch breitet den gesamten Stoff und die großen Probleme der modernen Politik vor dem Leser aus. Es enthält eine Fülle von sonst weitverstreutem Material und liegt fast dabei leicht und flüssig. Es ist nicht ein bloßes Handbuch für Fachleute und handbetriebl. Praktiker, sondern die lebendige und einbringliche Sprache, die durchgehende Objektivität und eine klar geordnete Stoffanlage es auch in besonderer Weise zum Handbuch für alle Vorkämpfer, die im Kampfgebiet der Literatur gegenwärtig mit den Fragen der Nation und Völkern, des nationalen und internationalen Selbstbestimmens zu tun haben.“ Zentralblatt f. d. ges. Unterrichtsverwaltung Preussens.

„Das Buch wird jeder Schulpolitiker mit Interesse lesen. Es kann zur Anschaffung in den Büchereien bestens empfohlen werden.“ Schulpolitische Mitteilungen des holländischen Lehrervereins.

„Denn greife jeder, der politisch denken und handeln will, zu diesem Buch. Es lohnt der Mühe!“

Beitrag d. Ges. f. Volksbildung.

„Das Buch entrollt den Blick über die tragenden Grundlagen und treibenden Kräfte der politischen Leben. Es ist unverzichtbar geschrieben, fordert zur Willensbildung und zum Handeln auf im Ringen mit dem deutschen Schicksal.“

Hilfslehrerverband des katholischen Volkserlebens.

„Ich möchte angelegentlich kein besseres Buch, das mehr geeignet wäre, die breite Masse der Gebildeten aus ihrem unpolitischen Schlaf aufzurütteln, als Zieglers Einführung in die Politik.“

D. Katholische Rundschau.

„Ziegler stellt das deutsche Schicksal über alles und damit fast Buch über alles, was Parteien, Klassen oder Stufen bezieht.“

Zeitung d. D. Beamtenbundes.

„Ein Buch für den, der ernstlich für sein Vaterland arbeiten will. Nicht für oder gegen —, man kann es schreiben, nein, für die eine große Partei, die da heißt: „Deutschland.“

Beamten-Rundschau.

Zentralverlag G.m.b.H., Berlin W 35